



Gesellschaft für  
bedrohte Völker

bericht

# Unsere Menschenrechtsarbeit 2023





# INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort Bundesvorstand	5
<b>Menschenrechtsthemen im Fokus</b>	
<b>Indigene Völker</b>	
Schutz der Asháninka in Peru und Brasilien	9
OECD-Verfahren gegen TÜV-Süd	11
Protest gegen Bayer	12
Unterstützung indigener Aktivist*innen aus Russland	13
Indigene Vertreter*innen aus Russland und Brasilien bei den UN	14
Straßenausstellung zum Tag der Indigenen Völker	16
Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen an den Maasai in Tansania	17
Einsatz für die Sámi	19
<b>Ethnische, religiöse, sprachliche Minderheiten und Nationalitäten</b>	
Anerkennung des Genozids an den Yezid*innen	23
Einsatz für die Minderheiten in Afrin und ganz Nordsyrien	25
Arbeit für die Hazara in Afghanistan	29
Gewaltsame Unterdrückung der Kurden, Bahá'í und anderer Minderheiten im Iran	31
Weitere Aktivitäten	32
<b>Genozid-Prävention und Schutzverantwortung</b>	
Menschenrechtsverletzungen in China	35
Dringende Initiativen nach Kriegsausbruch im Sudan	38
Minderheiten der Ukraine den Rücken gestärkt	39
Freiheit für Oleg Orlov	40
Totalversagen der internationalen Gemeinschaft beim Angriff auf Arzach/Bergkarabach	41
Wolfs- und Kriegskinder – Symposium in Berlin	42
Kampagne für Bleivergiftungsopfer aus dem Kosovo	43
Verheerende Lage der Rohingya angeprangert	44
Destabilisierung des Westbalkans verhindern	45
Anerkennung der Nachfahren des Völkermords an den Ovaherero und Nama	46

# INHALTSVERZEICHNIS

## Lautstark für bedrohte Völker

Die Gesellschaft für bedrohte Völker	49
Die GfbV bei den Vereinten Nationen	50
Bildungsarbeit der GfbV	52
Online für Menschenrechte	53
Unsere Zeitschrift „Für Vielfalt“	54
Unser Bildkalender 2025	57
Freiwilliges Engagement in der GfbV – Online und vor Ort	58
Die Sektion Bosnien und Herzegowina	59
Die Sektion Schweiz	60
Die Sektion Südtirol	61
Geschäftsführung und Finanzen	65
Der Förderverein für bedrohte Völker e.V.	73
Auf einen Blick – wichtige Gremien und Kontakte	74
Impressum	75

Wir freuen uns über Ihr Interesse  
an unserer Arbeit!

# Vorwort Bundesvorstand

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen  
und Freunde der GfbV,

das Jahr 2023 war vom Tod unseres Gründers, langjährigen Vorsitzenden und Generalsekretärs Tilman Zülch im Frühjahr überschattet. In der Jahreshauptversammlung haben wir sein Lebenswerk und seine Arbeit für die GfbV gewürdigt. Seinen kompromisslosen Einsatz für notleidende Menschen weltweit werden wir mit aller Kraft fortsetzen.

Während der Jahreshauptversammlung wurden wir als Vorstand erneut im Amt bestätigt. Die aus beruflichen Gründen ausgeschiedene stellvertretende Bundesvorsitzende Eytan Celik mussten wir leider verabschieden. Wir sind glücklich, mit Michaela Böttcher eine erfahrene und kompetente stellvertretende Bundesvorsitzende hinzugewonnen zu haben.

Die öffentliche Aufmerksamkeit in der Weltpolitik ist weiter auf den barbarischen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine gerichtet. Hinzu kommt der brutale und unmenschliche Angriff der Hamas auf Israel und der daraus entstandene Krieg, der so viel neues Leid in diese Region gebracht hat. Im Schatten dieser Kriege und Krisen ist uns als Vorstand die Bedeutung unserer Arbeit schmerzlich bewusst. Viele Menschenrechtsverletzungen werden im Schatten der Öffentlichkeit begangen und finden wenig Beachtung. Uns erschüttert die Gewalt gegen die Menschen im Sudan und in Ar-

zach/Bergkarabach. Wir sind entsetzt über die Urteile gegen mehrere demokratische prokurdische Politiker\*innen in der Türkei, indigene Aktivist\*innen sind weltweit Repressionen und Gewalt ausgesetzt – mit unserer Arbeit machen wir auf diese und viele weitere Missstände aufmerksam. Unser Jahresbericht ist eine eindrückliche Dokumentation unserer Arbeit, um das Schicksal der von Vertreibung, Krieg und Genozid bedrohten Menschen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Wir sind dankbar für die engagierte und kompetente Arbeit unserer haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Unserer kleinen Organisation gelingt es immer wieder, auf Notlagen aufmerksam zu machen und so wirksame Prozesse in Gang zu setzen.

Getragen wird diese Arbeit aber auch von Ihnen, liebe Mitglieder und Ehrenamtliche, liebe Spenderrinnen und Spender, Förderinnen und Förderer, Abonentinnen und Abonnenten. Nur durch Ihr fortdauerndes Engagement und Ihre finanzielle Unterstützung können wir unsere wichtige Arbeit fortsetzen. Dafür danken wir Ihnen auch im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir hoffen, dass Sie uns treu bleiben, damit wir uns weiter für religiöse und ethnische Minderheiten, Indigene Völker und Opfer von Genozid einsetzen können.

Herzliche Grüße  
Ihr Bundesvorstand



# Menschenrechtsthemen im Fokus: Indigene Völker

*\*Wir schreiben das „Indigen“ in „Indigene Völker“ groß, um den kulturellen und historischen Kontext dieser Bezeichnung zu würdigen. Durch die Großschreibung werden der spezifische Status der Völker, ihre Einzigartigkeit sowie ihre kollektiven Rechte betont. Im Gegensatz zur kleingeschriebenen Form, die „indigen“ als allgemeines Adjektiv für „einheimisch“ oder „ursprünglich“ nutzt, verweist die Großschreibung auf das Selbstverständnis dieser Gemeinschaften als Völker mit besonderen kulturellen Identitäten und Rechten, wie sie in internationalen Abkommen, wie der UN-Deklaration über die Rechte der Indigenen Völker, festgelegt sind.*



Erfassung der Grenzen im Asháninka-Gebiet in Peru, Foto: Upper Amazon Conservancy

# Schutz der Asháninka in Peru und Brasilien

In die Territorien der Asháninka-Gemeinschaften Dulce Gloria und Sawawo in Peru dringen immer wieder illegale Holzfäller ein. Um die Gebiete besser zu schützen, haben wir gemeinsam mit unserer Partnerorganisation „Upper Amazon Conservancy“ (UAC) die GPS-Koordinaten der Grenzen bestimmt. Der Grenzverlauf ist dadurch genau bekannt und die Asháninka können ihre Gebiete besser vor Invasionen verteidigen.

Nach einer dreimonatigen Planungsphase wurden von September bis November die GPS-Daten in den beiden Gemeinden erfasst. Dazu arbeiteten Ingenieur\*innen der regionalen Direktion für Landwirtschaft der Region Ucayali (DRAU) mit UAC und Vertreter\*innen der Asháninka-Gemeinschaften zusammen. GfbV-Referentin Eliane Fernandes reiste im September in die Region, um den Projektstart und die Arbeit zu koordinieren. Das Projekt wurde von der „Hering-Stiftung Natur und Mensch“ gefördert. Im Oktober 2024 sollen beide Gemeinschaften die offiziellen Dokumente ihrer Territorien samt GPS-Koordinaten erhalten.

Unsere Partnerin, die Asháninka-Vertreterin Maria Elena Paredes aus Sawawo, profitiert ebenfalls von dem Projekt. Im Vorjahr hatten wir sie bei ihrem Einsatz gegen den Bau einer Straße durch indigene Gebiete unterstützt. Aufgrund ihres Einsatzes wird sie verfolgt. Unsere Mitarbeiterin reiste im September und Oktober in die Region, tauschte sich mit den indigenen Aktivist\*innen aus, sammelte Informationen über die aktuelle Lage und vereinbarte, wie wir die Asháninka weiter unterstützen. Die brasilianische Regierung plant gemeinsam mit

anderen südamerikanischen Ländern wie Peru, Kolumbien und Bolivien fünf Routen zur Integration und Entwicklung Südamerikas zu bauen. Diese Pläne beobachten wir aufmerksam.



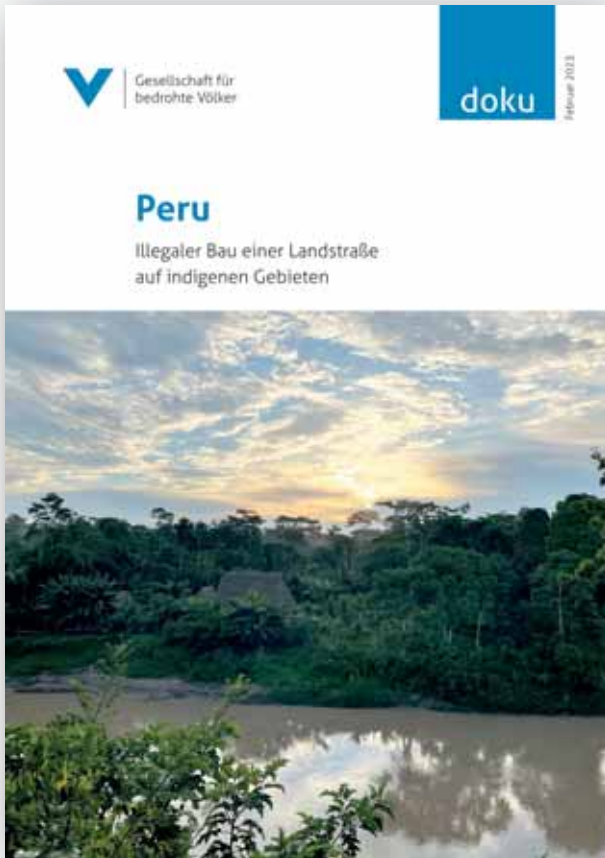
Überwachung der Grenzen mit dem Boot, Foto: GfbV



Projekt zur GPS-Erfassung, Foto: GfbV



Maria Elena ist nach einer Festnahme wieder frei, Foto: UAC



Dokumentation, Februar 2023, 22 Seiten

**Kostenloser Download auf**  
[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

**ODER SCANNEN** 



Unser langjähriger Partner, der Asháninka-Vertreter Benki Piyāko aus Brasilien ist aufgrund seiner Arbeit für die Asháninka ebenfalls großer Gefahr ausgesetzt. Er wurde im Februar während seines Geburtstagsfests von einem Zivilpolizisten mit einer Waffe bedroht. Damit er besseren Schutz bekommt, stehen wir im regelmäßigen Kontakt mit der deutschen Botschaft in Brasília. Wir erreichten, dass die Botschaft mehrere Schutzmaßnahmen finanzierte, darunter eine Starlink-Satellitenantenne, die für besseren Internetzugang sorgt.

Im November und Dezember begleitete unsere Mitarbeiterin Benki Piyāko nach England, Monaco und Frankreich, um an mehreren Konferenzen zum Klimawandel und inklusivem Naturschutz teilzunehmen. Außerdem besuchten sie die Premiere der Dokumentarreihe „Die Hüter des Waldes“ von ARTE-Frankreich, in der Benki Piyākos porträtiert wurde. Unter Einsatz seines Lebens filmte er illegale Holzeinschläge und Rodungen. Seine Enthüllungen zwangen die Regierung dazu, einzugreifen und das Gebiet stärker militärisch zu sichern.

Seit 2023 schwächt ein neues Gesetz (14.701) die Rechte Indigener Völker in Brasilien. Das Gesetz sieht vor, dass Indigene Völker in Brasilien nur dann Anspruch auf die Demarkierung ihrer Territorien haben, wenn sie diese am 5. Oktober 1988, dem Tag der Verkündung der Verfassung, nachweislich besiedelt hatten. Der Dachverband der Indigenen Völker Brasiliens (APIB) leitete rechtliche Schritte gegen das Gesetz ein. Wir verurteilten das Gesetz und machten mit Pressemitteilungen und Öffentlichkeitsarbeit auf die fatalen Auswirkungen aufmerksam.



ARTE-Dokumentation  
„Die Hüter des Waldes“

### Das haben wir erreicht:

- X** Bestimmung der GPS-Daten des Asháninka-Gebiets in Peru
- X** Bessere Schutzmaßnahmen für unsere Partner\*innen vor Ort
- X** Informationsgewinnung in schwer zugänglichen Gebieten

# OECD-Verfahren gegen TÜV-Süd

Das von uns mit Betroffenen im Jahr 2022 beantragte OECD-Beschwerdeverfahren gegen den TÜV-Süd wurde nach dem Start 2022 bis Mitte 2023 fortgesetzt. Von Januar bis April fanden Mediationsitzungen statt. Hintergrund des Beschwerdeverfahrens war der Bruch eines Damms eines Rückhaltebeckens für eine Eisenerzmine nahe Brumadinho in Brasilien. Die GfbV sah eine Mitschuld des TÜV-Süd, da dieser nur wenige Monate vorher die Sicherheit des Auffangbeckens bestätigt hatte. Der Dambruch führte zum Tod von über 270 Menschen. Wir betonten während des Verfahrens die Auswirkungen auf die indigene Bevölkerung der Paaxó und Pataxó Hã-Hã-Hãe. Sie leben 20 Kilometer entfernt entlang des Paraopeba-Flusses, der durch den Dambruch verseucht wurde.

Durch die Mediation konnten wir einige unserer Vorschläge für eine bessere Menschenrechtsrichtlinie platzieren. Der TÜV-Süd zeigte sich offen für Diskussionen. Bei einer abschließenden Sitzung im April verhandelten wir mit dem TÜV-Süd einen Maßnahmenkatalog zur Stärkung indigener Rechte in Unternehmenskontexten.



*Abschlussbericht des OECD-Verfahrens, Juli 2023*



*Der Paraopeba-Fluss wurde durch einen Dambruch verseucht, Foto: Eliane Fernandes/GfbV*

# Protest gegen Bayer

Der Bayer-Konzern exportiert massenhaft hochgiftige Pestizide, deren Einsatz in der EU seit Jahren illegal ist, in Länder mit schwächerer Regulierung. Die indigene Bevölkerung in Brasilien ist durch den Pestizideinsatz von Vergiftungen und gesundheitlichen Problemen betroffen. Die Rolle des deutschen Pharmariesen kritisieren wir schon seit Jahren – und eine unserer Postkartenaktionen hat Wirkung gezeigt. Im Februar wurden wir von Bayer zu einem Gespräch eingeladen. Doch der Konzern sah keinen Änderungsbedarf und verwies auf Trainings für Landwirt\*innen zum Einsatz von Pestiziden. Eine Antwort auf unsere Frage, wie der Pestizideinsatz kontrolliert werden kann, wenn das Gift großflächig versprüht wird, bleibt der Konzern uns bis heute schuldig. Auch eine Auskunft über etliche von uns vorgestellte Ein-

zelfälle von Pestizidvergiftung blieb bislang aus. Bei der Bayer-Hauptversammlung haben wir durch die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre die Möglichkeit zu einem Redebeitrag bekommen. So konnten wir vor 2.500 Aktionär\*innen, die Auswirkungen von Pestiziden auf indigene Gemeinschaften anprangern und Fragen an den Bayer-Vorstand stellen.

## Das haben wir erreicht:

- ✘ Bayer muss Rechenschaft über Maßnahmen ablegen
- ✘ Konfrontation der Aktionär\*innen mit den Menschenrechtsverletzungen des Konzerns



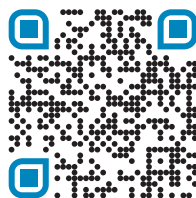
Protest gegen Bayer im Jahr 2022, Foto: Hubeyb Yöntem/GfbV

# Unterstützung indigener Aktivist\*innen aus Russland

Angehörige der vielen Indigenen Völker Russlands leiden seit Jahren besonders unter den Folgen der Klimakatastrophe und dem rücksichtslosen Abbau von Ressourcen wie Nickel, Steinkohle, Öl und Gas auf ihrem Land. Menschen, die sich für Umweltschutz und indigene Rechte einsetzen, werden seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine noch stärker verfolgt. Für sie wollten wir Unterstützung und Schutz mobilisieren. Deshalb nahmen wir gemeinsam mit Dmitry Berezchkov, unserem indigenen Partner, sowie Simon Benthaus von der GfbV Schweiz an einer Sitzung der Parlamentarischen Versammlung des Europarats teil. Wir führten Gespräche mit den Abgeordneten, organisierten ein Side Event und initiierten eine Studie, in der sich der Europarat konkret mit dem Thema der indigenen Rechte in Russland befasst.

Gemeinsam mit der GfbV Schweiz und weiteren NGOs organisierten wir Mitte März ein Sicherheitstraining für 25 indigene Aktivist\*innen aus ganz Russland. Bei dem einwöchigen Treffen wurden ein juristisches und digitales Training sowie ein psychologisches „Training“ angeboten. Zudem erarbeiteten die Teilnehmenden eine Strategie, die für den Fortbestand der indigenen Bewegung in Russland wichtig ist. Aktives und offenes Engagement für indigene Rechte ist in Russland nicht mehr möglich. Daher unterstützen wir indigene Vertreter\*innen, die aus Sicherheitsgründen ins Exil gehen müssen.

Im April organisierten wir zum Thema der Verfolgung und Unterdrückung Indigener Völker in Russland ein Parlamentarisches Frühstück im Bundestag, zu dem mehrere Vertreter\*innen indigener Gemeinschaften kamen, um die Bundestagsabgeordneten über die schwierige Lage der Indigenen Völker in Russland zu informieren.



Podcast „Indigene in Russland: Zwischen Rohstoffabbau und Repression“



Parlamentarisches Frühstück in Berlin, Foto: Regina Sonk/GfbV

# Indigene Vertreter\*innen aus Russland und Brasilien bei den UN

Auch beim UN Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples (EMRIP) in Genf waren wir gemeinsam mit unseren Schweizer Kolleg\*innen im Juli 2023 wieder dabei. Dieses Mal haben wir indigene Vertreter\*innen aus Russland und Südamerika begleitet. Die indigenen Vertreter\*innen vom International Committee of Indigenous Peoples of Russia (ICIPR) wurden im Rahmen des EMRIP diskriminiert – ihnen wurden Stellungnahmen verweigert. Ihre wichtigen Forderungen wurden zudem nicht in die EMRIP-Studie über Militarisierung und deren Auswirkungen auf die indigene Bevölkerung aufgenommen. Das ICIPR protestierte gemeinsam mit Krimtatar\*innen gegen die Studie, womit sie riskierten, von der UN-Konferenz ausgeschlossen zu werden. Dieser Protest wurde von uns medial weiterverbreitet.

Der Versuch, die Studie im Nachgang zum EMRIP-Treffen zu ergänzen, blieb leider ohne Erfolg. Das ist unter anderem auch Russlands Einfluss auf die UN-Gremien durch gelenkte staatliche Vertreter\*innen unter den Indigenen zuzuschreiben. Trotz schwerer Verfolgung in Russland versuchen die Vertreter\*innen des ICIPR, ihren Forderungen auf Ebene der UN, zum Beispiel während der 57. Sitzung des Menschenrechtsrats, Gehör zu verschaffen.

In Zusammenarbeit mit der GfbV Schweiz organisierten wir die Teilnahme des Vertreters des Marubo-Volkes Beto Marubo beim EMRIP. Er berich-



*Protest gegen Russlands Einfluss, Foto: Nora Erdmann/GfbV*

tete über die schwierige Lage der in freiwilliger Isolation lebenden indigenen Gemeinschaften aus dem Javari-Tal im brasilianischen Bundesstaat Amazonas. Im Javari-Tal, aus dem auch Beto Marubo stammt, gibt es geschätzt 16 verschiedene Gruppen von in Isolation lebenden indigenen Gemeinschaften. Sie sind ständigen Bedrohungen ausgesetzt und brauchen dringend Schutz. Auch Personen und Organisationen, die sich für die Indigenen Völker einsetzen, sind in Gefahr.

2022 wurden ein britischer Journalist und ein brasilianischer Aktivist, der sich für in freiwilliger Isolation lebende Indigene Völker einsetzt, im Javari-Tal ermordet. Beto Marubo machte in Genf auf die Tatenlosigkeit der brasilianischen Regierung in diesem Fall aufmerksam.



*Beto Marubo und GfbV-Referentin Eliane Fernandes in Genf,  
Foto: Nora Erdmann/GfbV*

Der Asháninka-Vertreter Benki Piyāko war gemeinsam mit zwei jungen Vertretern bei den UN in New York. Er besuchte im Mai das New Yorker Büro des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP). Dort traf er das Team des „Equator Prize“, einer Initiative, die lokale Innovationen für Nachhaltigkeit und Umweltschutz weltweit anerkennt. Der Besuch hatte zum Ziel, die Beziehungen zwischen den Asháninka und dem Equator Prize-Team zu stärken sowie zukünftige Partnerschaften und Projekte mit Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit und Gemeinschaftsentwicklung zu diskutieren. Dabei unterstützten wir ihn. Er hielt zudem einen Vortrag über Nachhaltigkeit und traditionelles Wissen in der UNDP-Zentrale.



*Asháninka-Vertreter bei den UN in New York,  
Foto: Eliane Fernandes/GfbV*

### Das haben wir erreicht:

- ✘ Stärkung der Rechte und Interessen indigener Vertreter\*innen
- ✘ Vernetzung indigener Aktivist\*innen
- ✘ Höhere Sichtbarkeit nachhaltiger Praktiken Indigener Völker

# Straßenausstellung zum Tag der Indigenen Völker

Zum Tag der Indigenen Völker am 9. August haben wir uns mit einer Straßenausstellung in Hamburg mit starken indigenen Aktivist\*innen solidarisiert. Im Mittelpunkt unserer Ausstellung standen stellvertretend für die vielen mutigen indigenen Aktivist\*innen weltweit: Alice Pataxo, Mitch Walking Elk, Yana Tannagasheva, Josiel Kaiowa, Beto Marubo und Joseph Moses Oleshangay. Sie kämpfen Tag für Tag für ihre Rechte, die Rechte ihrer Völ-

ker und Gemeinschaften, obwohl sie das in Lebensgefahr bringt. Wir machten mit der Ausstellung darauf aufmerksam, dass ihr Aktivismus auch für uns wichtig ist: Sie kämpfen gegen den Klimawandel, den wir Menschen im globalen Norden vorantreiben, und für eine gerechtere Welt für alle. Lebensgroße Aufsteller vermittelten ein Bild der Aktivist\*innen, ihre Zitate wurden mit Sound-Untermalungen eingespielt.



Aktion zum Tag der Indigenen Völker in Hamburg, Foto: Magdalena Otterstedt/GfbV

Weitere Informationen zur Ausstellung



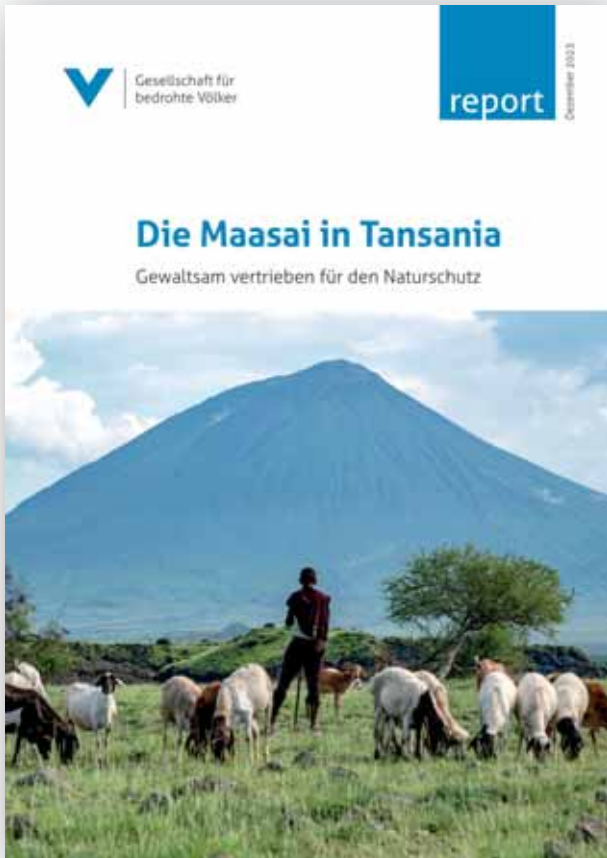
# Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen an den Maasai in Tansania

Im Norden Tansanias soll eine neue Art von Naturschutzgebiet entstehen. Dafür vertreiben lokale Sicherheitskräfte gewaltsam Maasai. Entgegen wissenschaftlicher Belege wird behauptet, die Maasai gefährdeten den Naturschutz. Das Vorhaben bricht internationales Recht, darunter die Erklärung über die Rechte Indigener Völker der Vereinten Nationen, die Kampala-Konvention der Afrikanischen Union sowie eine einstweilige Verfügung des Ostafrikanischen Gerichtshofes aus dem Jahr 2018.

Im Frühjahr 2023 unternahm unsere Referentin Nadja Grossenbacher eine Recherchereise nach Tansania. Das Ziel: möglichst viele Maasai zu befragen, die von den gewaltsamen Vertreibungen im Ngorongoro-Schutzgebiet betroffen waren. Denn wir brauchten Belege für unseren Vorwurf an deutsche Behörden, dass diese Vertreibungen mit deutschem Geld unterstützt wurden. Das umfangreiche Material aus Tansania, das wir in zwei Reporten veröffentlichten, war Grundlage für etliche Gespräche im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, bei der Frankfurter Zoologischen Gesellschaft und mit Bundestagsabgeordneten. Außerdem kam unsere Recherche auch einem internationalen Netzwerk von Maasai-Unterstützer\*innen zugute, mit denen wir eng kooperieren. Unsere Lobbyarbeit zeigte Erfolg: Das Geld für die Erarbeitung eines Landnutzungsplanes, der die Vertreibung der Maasai seit 2022 legitimiert hätte, wurde eingefroren.



*GfbV-Referentin Nadja Grossenbacher in Tansania,  
Fotos: Nadja Grossenbacher*



Gesellschaft für bedrohte Völker

report

Dezember 2023

## Die Maasai in Tansania

Gewaltsam vertrieben für den Naturschutz

Dokumentation, Dezember 2023, 52 Seiten

Kostenloser Download auf [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

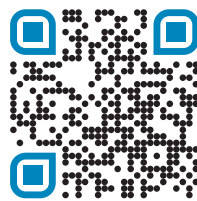
ODER SCANNEN



Weimarer Menschenrechtspreis geht an Joseph Oleshangay

In Tansania lernten wir den mutigen Menschenrechtsanwalt und Maasai-Aktivisten Joseph Moses Oleshangay persönlich kennen. Er kämpft seit seiner Jugend für die Rechte seines Volkes. Sein konsequenter und selbstloser Einsatz führte dazu, dass er immer stärker bedroht wurde. Aufgrund seiner mutigen Arbeit schlugen wir ihn für den Menschenrechtspreis der Stadt Weimar vor. Wir freuten uns sehr, dass die Jury unserem Vorschlag folgte und er als Preisträger ausgewählt wurde.

Im Vorfeld der Preisverleihung organisierten wir ein intensives Besuchsprogramm in Berlin, Bonn und Weimar sowie eine Veranstaltung in Karlsruhe. Joseph Oleshangay klärte über die Lage der Maasai auf, informierte die Medien und konnte seine Forderungen direkt an die Verantwortlichen in den Ministerien richten. An der Preisverleihung in Weimar, die unter der Schirmherrschaft der Journalistin Gundula Gause stand, nahmen viele Gäste teil. Der Bundestagsabgeordnete Michael Brand hielt die Laudatio.



Interview mit Joseph Oleshangay



Joseph Oleshangay trifft bei der Preisverleihung MdB Michael Brand (CDU), Foto: GfbV

### Das haben wir erreicht:

- ✘ Dokumentation der deutschen Beteiligung an der Vertreibung der Maasai
- ✘ Deutschland stoppt Finanzierung für Erarbeitung von Landnutzungsplan
- ✘ Weimarer Menschenrechtspreis geht an Joseph Oleshangay

# Einsatz für die Sámi

Grüne Energiewende auf dem Rücken der Sámi? Das können wir nicht akzeptieren. Denn die indigenen Sámi und ihre Lebensweise sind sowohl von der Energieproduktion durch Wind auf der Fosen-Halbinsel, als auch durch den Fund von Seltenen Erden unweit des seit 1890 bestehenden Eisenerz-Bergwerks von LKAB in Kiruna, Schweden oder Lithium Funden auf der russi-

schen Kola-Halbinsel betroffen. Wir haben berichtet, protestiert und die Forderungen der Sámi damit verstärkt und weitergetragen.

*Blogbeitrag über die Entdeckung Seltener Erden*





**Menschenrechtsthemen  
im Fokus:**

**Ethnische, religiöse und  
sprachliche Minderheiten  
und Nationalitäten**



# Ferman - Das Leid

Auszüge aus dem Comic von Sedat Özgen über die strukturelle Vertreibung, Verfolgung und Gewalt gegen Yezid\*innen

NEIN SONN, DIE WURZELN DES IDENTITÄTS SIND SEHR ALT UND UBERGRÜNDET.

GLAUBEN WIR AUCH AN GOTT, OPA? ODER GILBERT WIR AN ETWAS ANDERES?

WICHTIG NEIN SONN, WIR ZESIDEN GLAUBEN AN GOTT UND SEINE STERBE EIGEL.

UNSERE NACHBARN VERSTEHEN UNSERE FRIEDLICHE VERHALTEN, DA DER WIR ALLEN MENSCHEN NUR GUTES WÜNSCHEN, NICHT.

DIE VERFLUCHTEN SIND UND WEIL WIR SIND, WÜRDE WIR VERFOLGT UND VERDRÜCKT UND WIR FLÜCHTEN!

WIR SIND DESHALB SCHLIMM WER WIR SIND WER LIEBT?

Wie Sedat Özgen seine Träume in Tinte...

Ich bin mir sicher, so ziemlich jeder J...  
der in einem Nahen Ostens  
geboren ist... zumindest se...  
Familienan... Geschichte  
wiederfind...

Ich wollt... chichte...  
Familie

Wir all... netze...  
ken... inschaf...  
u... n Prin...  
stamm...

Mehr als der Genozid -  
Das Yezidentum hat seine Kultur...

GfbV-Mitarbeiterinnen Sarah Reinke, Tabea Giesecke und Elena Dellmuth beim Kirchentag, Foto: GfbV

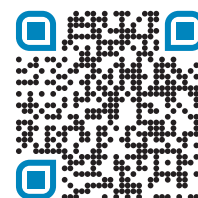
# Anerkennung des Genozids an den Yezid\*innen

Die Lage der yezidischen Gemeinschaft im Nordirak beschäftigt uns als Organisation schon seit Jahrzehnten. Immer wieder klären wir über die Minderheit auf und machen auf die Schicksale bedrohter Personen aufmerksam. 2023 konnten die yezidische Gemeinschaft und damit auch wir ein großes Ziel erreichen – die Anerkennung des Genozides von 2014 durch den Deutschen Bundestag. Durch jahrelange Vorarbeit, Gespräche mit politischen Akteur\*innen und eine Petition der yezidischen Gemeinschaft hat der Bundestag den Genozid am 19. Januar offiziell anerkannt. Für die Gemeinschaft selbst und auch für uns war dies ein wichtiger Schritt. Nicht nur, weil jahrelange Arbeit endlich sichtbar wurde, sondern weil die Anerkennung auch neue Möglichkeiten für Projekte und Empowerment mit sich bringt. Wir waren während der Abstimmung des Bundestags vor Ort und gaben Tageschau24 ein Interview

über die neuen Entwicklungen. Mit diesem Erfolg sind wir in das neue Jahr gestartet. Damit die Anerkennung nicht nur eine Symbolik bleibt, haben wir weitere Kooperationen geschlossen. Mit dem Museum Friedland erarbeiteten wir gemeinsam die Ausstellung „Dengek Me Heye - Wir haben eine Stimme“ über die Lage der Yezid\*innen. Diese zeigt Bilder des yezidischen Künstlers Ravo Osmani und einer weiteren anonymen Künstlerin. Friedland als ein Ort, an dem viele Geflüchtete ankommen, hat eine besondere Geschichte und ist eng mit den Fluchterfahrungen von Yezid\*innen verwoben. Die Verbindung von Flucht, Verfolgung und einem neuen Anfang zog sich durch die Ausstellung und das Rahmenprogramm. Es fanden unter anderem eine Lesung, eine Führung mit dem Künstler und ein gemeinsamer Austausch zur aktuellen Lage statt.



Video zur Ausstellung im Museum Friedland:



GfbV-Referentin Tabea Giesecke im Interview mit Tagesschau24, Foto: Screenshot/tagesschau.de

Auch beim Kirchentag in Nürnberg im Juni klärten wir über die Lage der Yezid\*innen auf. Trotz des größeren Bewusstseins für die Lage der Minderheit in der Politik, ist diese in der breiten Gesellschaft noch nicht sehr bekannt. Nur wenige Personen wissen über die Lage der Gemeinschaft Bescheid oder davon, dass circa 200.000 Yezid\*innen in Deutschland leben. Daher war es uns beim Evangelischen Kirchentag ein Anliegen, die Gemeinschaft einem breiteren Publikum vorzustellen und Aufklärungsarbeit zu leisten. An unserem Stand haben wir mit einem Comic eines yezidischen Künstlers über die Geschichte der Yezid\*innen berichtet und sind mit vielen Interessierten ins Gespräch gekommen. Mit Infomaterialien wie Flyern oder Zeitschriften haben wir unsere Arbeit und die Gemeinschaft(en) vorgestellt.

Leider zeigt sich trotz der Anerkennung des Genozides Anfang 2023, dass die Politik ihre Versprechen nicht einhält. So werden seit Mai 2023 auch wieder Yezid\*innen in den Irak abgeschoben. Wir sind seitdem in Gesprächen mit anderen politischen Akteur\*innen und der yezidischen Gemeinschaft, um dagegen vorzugehen, und fordern einen bundesweiten Abschiebestopp für Yezid\*innen.

### Das haben wir erreicht:

- ✘ Gemeinsam mit der yezidischen Gemeinschaft und anderen Akteur\*innen waren wir an der Anerkennung des Genozides beteiligt
- ✘ Aufklärung über die andauernde unsichere Lage der Yezid\*innen
- ✘ Generierung einer Plattform für yezidische Künstler\*innen



Mitmach-Aktion beim Evangelischen Kirchentag: Besucher\*innen konnten Wünsche für die yezidische Gemeinschaft an einen Wunschbaum hängen. Diese Idee geht auf eine yezidische Tradition zurück, bei der man sich beim Binden eines Stück Stoffs an einen Baum etwas wünscht. Foto: GfbV

# Einsatz für die Minderheiten in Afrin und ganz Nordsyrien

Um auf die Lage der Minderheiten in Nordsyrien aufmerksam zu machen, organisierten wir 2023 eine Vielzahl von Aktionen. Direkt zum Jahresbeginn starteten wir mit einer Menschenrechtsaktion vor dem Bundeskanzleramt in Berlin, bei der wir auch die Ermordung des kurdischen Juristen Luqman Hanan verurteilten. GfbV-Mitarbeiter\*innen und Betroffene aus dem nordsyrischen Afrin übergaben Unterschriften an den Bundeskanzler. Wir forderten Olaf Scholz auf, die Verbrechen der Türkei in Syrien endlich öffentlich zu verurteilen. Diesbezüglich führten wir Gespräche mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages. Im März unterstützten wir die Kurdische Gemeinde Karlsruhe und unsere dortige Regionalgruppe bei einer Filmvorführung mit anschließender Diskussion. In Nürnberg organisierten wir im Juni mit der

GfbV-Regionalgruppe Nürnberg eine Informationsveranstaltung zur Lage der Minderheiten in Syrien und im Irak.

Als die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock eine neue „feministische“ Außenpolitik ankündigte, organisierten wir im März eine Menschenrechtsaktion vor dem Auswärtigen Amt mit der Forderung: „Feministische Außenpolitik auch für Afrin!“ Kurdinnen und andere Minderheiten setzen bereits seit langem eine feministische Politik gegen die patriarchalen Verhältnisse in Syrien und gegen den „Islamischen Staat“ um. Gemeinsam mit geflüchteten Frauen aus Afrin übergaben wir einen Appell an die deutsche Außenministerin.

*Menschenrechtsaktion vor dem Auswärtigen Amt, Foto: GfbV*



Gegen den Besuch des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan in Deutschland am 17. November haben wir gemeinsam mit dem Syrian Kurdish Diaspora Network in Europe e.V. in Berlin demonstriert. Viele Zeitungen, Radio- und Fernsehsender im In- und Ausland berichteten über unsere Aktionen und führten Interviews. Unser Transparent mit der Aufschrift „Kein roter Teppich für den Islamisten Erdoğan“ wurde kurzzeitig von der Berliner Polizei beschlagnahmt, weil es beleidigend sei. Wir organisierten eine spontane Pressekonferenz, auf der wir die ungerechtfertigte Maßnahme der Polizei als klaren Eingriff in die Meinungsfreiheit bewerteten.

Wir unterstützten gemeinsam mit der Kurdischen Gemeinde Deutschland e.V. eine Strafanzeige gegen Erdoğan wegen Verstößen gegen das Völkerstrafrecht. Diese reichte der aus Afrin stammende deutsche Staatsbürger und Notarzt Akram Nasan am 13. November ein. Auch wenn die Anzeige keine Aussicht auf Erfolg hat, war die mediale Wirkung gerade für die Opfer der Politik Erdoğan's in Syrien groß. Höhepunkt unserer Aktivitäten für Afrin war eine große Aktion in Berlin am Tag der Menschenrechte am 10. Dezember.

Pressemitteilung  
zur Strafanzeige



GfbV-Mitarbeiter Daniel Matt bekommt eine Auszeichnung der Kurdischen Delegation Nordsyrien, Foto: Johanna Fischotter/GfbV

### Das haben wir erreicht:

- X** Kritische Berichterstattung über Erdoğan-Besuch in Berlin
- X** Aufklärung über Lage der Minderheiten in Nordsyrien

Demonstration in Berlin, Foto: Tabea Giesecke/GfbV



## Unterstützung nach dem Erdbeben in Syrien, Kurdistan und der Türkei

Mehrere Erdbeben erschütterten Anfang Februar die Türkei, Kurdistan und Syrien. Unsere Kritik am Umgang des türkischen Machthabers Erdoğan mit den Folgen des Erdbebens fand ein großes Echo in den Medien: Viele Zeitungen im In- und Ausland berichteten darüber. Gleichzeitig nahmen auch Beschimpfungen und Bedrohungen durch Anhänger Erdoğan's massiv zu. Wir warfen der türkischen Regierung vor, zu spät Rettungskräfte und Hilfsgüter in die betroffene Region im Südosten der Türkei geschickt zu haben, in der vor allem Kurd\*innen und arabischsprachige Alevit\*innen leben. Der Zugang zur syrisch-kurdischen Region Afrin war wochenlang blockiert. Bereits kurz nach dem Erdbeben setzte die Türkei ihre Angriffe fort: Wir berichteten als erste über die Luftangriffe in der Erdbebenregion und kritisierten den türkischen Präsidenten scharf.

Wir unterstützten dazu die Organisation einer Gedenkveranstaltung von HAWAR.help für die Opfer des Erdbebens im Februar in Berlin und traten auf. Viele Spitzenpolitiker nahmen an der Veranstaltung teil.



GfbV-Referent Dr. Kamal Sido und die HAWAR.help-Gründerin Düzen Tekkal bei der Gedenkveranstaltung für die Erdbebenopfer, Foto: Fionn GroÙe

## Engagement für politische Gefangene in der Türkei

Mindestens 15.000 kurdische Politikerinnen und Politiker sollen in der Türkei im Gefängnis sitzen. Die Zahl steigt: Immer mehr Kurd\*innen sowie türkische Oppositionelle werden inhaftiert. Wir haben mit Pressemitteilungen, Interviews und Mahnwachen darauf aufmerksam gemacht. Bei einer Aktion in Köln im August berichtete die Tochter des kurdischen politischen Gefangenen Nevzat Öztürk, Jiyan Öztürk, über die Situation ihres Vaters. Er saÙ seit 31 Jahren im Gefängnis und hatte seine Strafe bereits verbüÙt. Wir forderten die sofortige Freilassung aller kranken politischen Gefangenen, insbesondere in der Türkei und im Iran. Viele türkische und kurdische Medien berichteten über die Mahnwache. Gemeinsam mit anderen Organisationen starteten wir eine Postkartenaktion an die Bundesregierung. Unser Einsatz war erfolgreich. Am 11. Oktober wurde Nevzat Öztürk endlich aus türkischer Haft entlassen.



### Das haben wir erreicht:

- ✘ Aufklärung und kritische Berichterstattung über die Lage in Nordsyrien und Kurdistan nach dem Erdbeben
- ✘ Freilassung von Nevzat Öztürk (gemeinsam mit anderen Organisationen)

## Reise nach Syrien, Kurdistan und in den Irak

Im April und Mai 2023 unternahm GfbV-Referent Dr. Kamal Sido eine Reise nach Kurdistan, Irak und Syrien. Er besuchte Angehörige von Minderheiten in Bagdad, in Irakisch-Kurdistan, im Sinjar-Gebirge, in Siedlungen am Tigris und am Euphrat sowie in den kurdischen Dörfern nördlich von Aleppo.



Die Route von Kamal Sidos Reise zu den Minderheiten im Irak und Nordsyrien

Während seiner Reise führte er zahlreiche Interviews, unter anderem mit dem mandäischen Oberhaupt Ganzevra Sattar Jabbar Hilo Al-Zahrny. Das Interview wurde im „Jahrbuch Religionsfreiheit 2022/2023“ in deutscher und auf einem Internetportal in englischer Sprache veröffentlicht. Im Anschluss berichtete er im Rahmen verschiedener Vorträge über seine Reise. Beispielsweise im November bei einer Fachtagung zum Thema „Perspektiven eröffnen – Rückkehr erfolgreich gestalten“ in Gotha und im Rahmen der Kurdischen Kulturwochen in Kiel.



Christen aus Afrin auf der Flucht – Kirche in einer Baracke



Geflüchtetenlager in Nordsyrien, Fotos: Kamal Sido/GfbV

# Arbeit für die Hazara in Afghanistan

Ein für uns wichtiges Thema war die Situation der Hazara in Afghanistan. Seit der Machtübernahme der Taliban 2021 hat sich die Situation der Minderheit stark verschlechtert. Die Verfolgung (auch im Iran und Pakistan) hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Um darauf aufmerksam zu machen, haben wir uns mit dem Hazara Kulturverein Hamburg und der Hochschulgruppe Amnesty in Göttingen zusammengetan. Dafür haben wir die Berichte von Betroffenen gesammelt und als Straßenausstellung mit Figuren verbildlicht. Über einen QR-Code konnte man die Schilderung der Personen anhören und ein Verständnis dafür be-

kommen, wie die Situation für Hazara in Afghanistan und auf der Flucht ist. Die Straßenausstellung haben wir zuerst in Göttingen gezeigt. Wir beendeten sie mit einer Kundgebung und luden anschließend zu einer Podiumsdiskussion in der Universität ein. Dabei wurde viel darüber diskutiert, dass die Gemeinschaft seit mehr als 100 Jahren verfolgt wird und sich die Muster von damals immer wieder wiederholen. Die Straßenausstellung stieß auf großes Interesse, viele Personen hielten an, um sich die Berichte anzuhören. Auch viele Angehörige der Hazara-Gemeinschaft nahmen an der Veranstaltung teil.



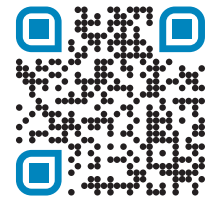
Hazara-Ausstellung in Göttingen, Foto: GfbV

## Das haben wir erreicht:

---

- ✘ Aufklärung über die Situation der Hazara in Afghanistan und ihre Verfolgungsgeschichte
- ✘ Vernetzung von Minderheitenvertretungen mit politischen Akteur\*innen

Hier können Sie die Berichte der Hazara aus Afghanistan hören:



Die Schicksale von neun Hazara standen im Mittelpunkt unserer Aktion, Foto: GfbV

# Gewaltsame Unterdrückung der Kurden, Bahá'í und anderer Minderheiten im Iran

Ein Jahr nach dem Beginn der von Frauen angeführten Proteste im Iran unterstützte die GfbV im September medienwirksam verschiedene Mahnwachen und Kundgebungen im In- und Ausland. In Köln, in Berlin vor dem Bundestag aber auch in London, Wien, Stockholm, Frankfurt am Main und Stuttgart protestierten kurdische und andere Volksgruppen gemeinsam mit Unterstützer\*innen der GfbV gegen das islamistische Regime im Iran und forderten ein Ende der Gewalt gegen die Demokratiebewegung. Mit diesen Aktionen und unserer Unterstützung wollten wir Oppositionelle

und Angehörige von Minderheiten stärken. In zahlreichen Erklärungen und Interviews bekräftigten wir unsere Forderungen.

Auch im Jahr 2023 setzte das iranische Regime religiöse Minderheiten, insbesondere die Glaubensgemeinschaft der Bahá'í und christliche Konvertit\*innen, unter Druck. Vor diesem Hintergrund unterstützten wir eine Pressekonferenz mit anschließender Podiumsdiskussion zur „Menschenrechtslage der Bahá'í im Iran“ im März in Berlin.



Am Todestag von Jina (Mahsa) Amini, Foto: Kendal Moussa

# Weitere Aktivitäten

Am 20. November 2023 organisierten wir eine Veranstaltung zum Thema „Katar: Ein Jahr nach der Fußball-WM – Ein Augenzeuge berichtet“ in Göttingen. Die Veranstaltung wurde im Internet übertragen. Unser Gast Rinas Chaban, geboren im nordsyrischen Afrin, arbeitete rund zwei Jahre als Bauingenieur bei der „Qatar Building Company“. Er berichtete aus erster Hand über die katastrophalen Bedingungen für die Arbeiter auf den Baustellen in Katar.

Der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober erschütterte uns zutiefst. Wir verurteilten die Gewalt und den Bombenterror gegen Israel und Antisemitismus jeglicher Art, der sich auch in Deutschland zunehmend ausbreitet, in einem Statement. Darin riefen wir Israel auf, humanitäres Völkerrecht konsequent einzuhalten. Wir verurteilten den brutalen Krieg, mit dem Israels Regierung unter Minis-

terpräsident Netanyahu auf die Massaker der Hamas antwortet als unverhältnismäßig und forderten einen Waffenstillstand. Wir riefen in einem weiteren Statement dazu auf, die Warnungen vor einem drohenden Völkermord ernst zu nehmen und die Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofes IGH umzusetzen. Internationales Recht muss gestärkt und völkerrechtswidrige Handlungen müssen auf allen Seiten dokumentiert und aufgearbeitet werden. Der Krieg ist keines unserer Schwerpunktthemen, auch deshalb haben wir keine Partner vor Ort und können keine wirkungsvolle Menschenrechtsarbeit zu diesem Konflikt leisten. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, weiter für jene einzutreten, die gerade jetzt zu wenig Aufmerksamkeit bekommen und von denen wir ein eindeutiges Mandat zum Handeln haben. Wir beantworteten jedoch Medienanfragen und erklärten dabei Hintergründe und Akteure des Konflikts.

*Unsere Statements zur Situation in Israel und Palästina:*



Menschenrechtsthemen  
im Fokus:  
Genozidprävention und  
Schutzverantwortung



Demonstration während der deutsch-chinesischen Regierungskonsultation in Berlin, Foto: GfBV

# Menschenrechtsverletzungen in China

## China-Strategie der Bundesregierung

Die deutsche Bundesregierung erarbeitete 2023 eine China-Strategie, welche den Umgang mit der Volksrepublik näher definieren sollte. Mit anderen Menschenrechts- und Exilorganisationen, zu denen Vertreter der uigurischen, tibetischen, Hongkonger und taiwanischen Exilgemeinde gehören, bemühten wir uns angesichts der massiven, systematischen Menschenrechtsverletzungen durch die chinesische Regierung darum, die Menschenrechtler\*innen und die Stimmen der betroffenen Gruppen in die Entwicklung der China-Strategie stärker einzubinden.

Unser Positionspapier mit den fünf Forderungen für eine menschenrechtsbasierte China-Strategie schickten wir an die Bundesregierung, an nahezu alle Bundesministerien sowie verschiedene Abgeordnete. Zentrale Punkte sind der Schutz von Uigur\*innen, Tibeter\*innen, Hongkonger\*innen sowie eine Aufwertung Taiwans. Im Januar und Februar organisierten wir gemeinsam mit anderen Organisationen zahlreiche Treffen mit Bundestagsabgeordneten und trugen unsere Forderungen gegenüber der Menschenrechtsbeauftragten im Auswärtigen Amt, Luise Amtsberg, vor.



5-Punkte-Papier zur  
China-Strategie



Dokumentation, März 2023, 16 Seiten

Kostenloser Download auf  
[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

ODER SCANNEN



Den Umgang der deutschen Politik mit China kritisierten wir öffentlich und übten Druck aus, damit Menschenrechte einen höheren Stellenwert in der Zusammenarbeit bekommen. Anlässlich der deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen im Juni organisierten wir gemeinsam mit der Tibet Initiative Deutschland (TID), International Campaign for Tibet, Hongkonger in Deutschland e.V., Weltkongress der Uiguren (WUC), Ilham Tohti Initiative und Ostturkistanische Union Europa eine Menschenrechtsaktion vor dem Bundeskanzleramt und stellten gemeinsame Forderungen. Mit unserer Aktion konnten wir Aufmerksamkeit auf die Menschenrechtsverletzungen der chinesischen Regierung lenken. Die Aktion war in den Tagesthemen zu sehen. Ebenfalls im Juni informierten wir in einem Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung über die Lage der muslimischen Hui. Die Lage der Mongol\*innen in der Süd-Mongolei (offiziell: Innere Mongolei) sprachen wir wiederholt öffentlich an. Im Mai 2023 gab es in China eine Inhaftierungswelle und Schauprozesse, die

sich gegen Falun-Gong-Praktizierende richteten. Wir machten darauf aufmerksam und setzen uns für den Falun-Gong-Praktizierenden Yuande Ding ein. In einer Publikation über die chinesischen Pläne, die Nachfolge des 14. Dalai Lama nicht den tibetischen Buddhisten zu überlassen, analysierten wir die aktuelle Menschenrechtssituation in Tibet und den Versuch der chinesischen Regierung, die Tibeter\*innen dazu zu bringen, sich vom 14. Dalai Lama abzuwenden.

### Das haben wir erreicht:

- ✘ China-Strategie der Bundesregierung wurde deutlich kritischer formuliert als ursprünglich geplant
- ✘ Menschenrechte als strategisches Thema der Zusammenarbeit mit China platziert, regelmäßiger Austausch mit der Bundesregierung
- ✘ Resolution des EU-Parlaments zur Verfolgung von Falun-Gong-Praktizierenden



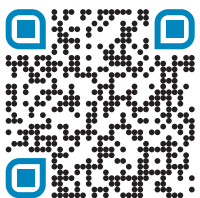
Tibet Aktion in Göttingen, Foto: Magdalena Otterstedt/GfbV

## Uigurische Zwangsarbeit bei Joint Venture von VW in China scharf kritisiert

Immer wieder forderten wir angesichts des Völkermordes an den Uigur\*innen aus Ostturkestan (chinesisch: Xinjiang) den Rückzug des VW-Konzerns aus der Region. VW unterhält dort gemeinsam mit seinem chinesischen Joint-Venture-Partner SAIC ein Werk. Die Ergebnisse eines Audits durch die Beratungsfirma des ehemaligen Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung laut denen es keine Hinweise auf Zwangsarbeit gegeben habe, kritisierten wir scharf.

Das Land Niedersachsen ist nach wie vor einer der größten Anteilseigner des VW-Konzerns, die Landesregierung hat einen Sitz im Aufsichtsrat. Wir trafen Mitglieder des niedersächsischen Landtages und den niedersächsischen Ministerpräsidenten und klärten sie über die Menschenrechtsverletzungen in Ostturkestan/Xinjiang und die Rolle von Volkswagen auf.

Mit mehreren Aktionen prangerten wir die Untätigkeit von VW an. Im Mai demonstrierten wir vor der VW-Hauptversammlung in Berlin und forderten von VW eine lückenlose Aufklärung und konkrete Maßnahmen. Unsere Aktion fand ein großes Medienecho. Zusammen mit dem WUC und den Kritischen Aktionär\*innen veranstalteten wir eine Podiumsdiskussion mit einer US-amerikanischen Expertin für uigurische Zwangsarbeit in den Lieferketten großer Autokonzerne. Außerdem organisierten wir zum Thema „75 Jahre UN-Genozidkonvention und uigurische Zwangsarbeit in den Lieferketten von Volkswagen“ gemeinsam eine Online-Veranstaltung.



Podcast „Uigur\*innen in China und Deutschland in Verantwortung“



Demonstration vor der VW-Hauptversammlung in Berlin, Foto: GfbV

### Das haben wir erreicht:

- ✘ VW erklärte sich im Februar 2024 dazu bereit, mit SAIC über einen Rückzug aus der Uigur\*innen-Region zu verhandeln
- ✘ Treffen des VW-Betriebsrats mit dem WUC, den Kritischen Aktionär\*innen und der GfbV

# Dringende Initiativen nach Kriegsausbruch im Sudan

Als am 15. April 2023 ein neuerlicher Krieg im Sudan ausbrach, haben wir schnell reagiert. Wir haben Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, Briefe an politisch Verantwortliche in Deutschland und international geschrieben und mit Pressemitteilungen und Veranstaltungen auf die Situation aufmerksam gemacht. Wir haben ein Netzwerk aus Exilsudanese\*innen sowie für den Sudan Engagierten mit aufgebaut und im Sommer das von Sudanese\*innen organisierte „Sudan Solidarity Festival“ in Berlin finanziell unterstützt. Die dort gesammelten Spendengelder sind der notleidenden Zivilbevölkerung des Sudan zugutegekommen. Ein auch von uns mitgetragener internationaler Appell führte dazu, dass der UN-Menschenrechtsrat eine Untersuchungsdelegation in den Sudan

entsandte. Zudem haben wir Stellungnahmen für die UN geschrieben. Durch unsere Arbeit konnten wir die sudanese Aktivistin Mai Shatta für eine Zusammenarbeit mit uns gewinnen und haben einen von ihr und der Bildungs- und Begegnungsstätte Kurve Wustrow organisierten Workshop mit Teilnehmenden aus mehreren europäischen Ländern mitfinanziert und inhaltlich unterstützt.

## Das haben wir erreicht:

- ✘ Aufbau eines Netzwerks von Exilsudanese\*innen
- ✘ UN-Menschenrechtsrat entsendet Untersuchungsdelegation
- ✘ Zusammenarbeit mit sudanese Aktivistin



Appell an Außenministerin Baerbock, Foto: Serdar Baysal/GfbV

# Minderheiten der Ukraine den Rücken gestärkt

Seit 2022 führt Russland einen rücksichtslosen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Minderheiten und Indigene Völker wie die Roma oder die nordasowschen Griech\*innen sind besonders von der Gewalt betroffen. Mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim 2014 wurden die Krimtar\*innen ihrer sicheren Heimat beraubt, durch den großflächigen Angriffskrieg gerieten sie 2022 noch stärker unter Druck. Gemeinsam mit krimtatarischen Aktivist\*innen haben wir 2023 unter anderem in Heidelberg, Karlsruhe, Weimar und Berlin Veranstaltungen organisiert. Zum Jahrestag der Deportation der Krimtataren am 18. Mai veranstalteten wir eine Menschenrechtsaktion, bei der wir die interessierte deutsche Öffentlichkeit informierten, aber auch eine innerukrainische Debatte über die Rolle von Minderheiten als integrelem Bestandteil der ukrainischen Gesellschaft mitgestalten konnten. So unterstützten wir die zivilgesellschaftlichen Strukturen in der Ukraine und in

Deutschland und stärkten sie als Korrektiv der ukrainischen Regierung. Wir sind eng vernetzt mit der ukrainischen Diaspora in Deutschland, denn auch die Minderheitenangehörigen sind davon überzeugt, dass sie nur eine gleichberechtigte Zukunft in einer freien Ukraine haben und nicht unter russischer Besatzung. Mit unserer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, vielen Lobbygesprächen, Briefen und Appellen an politische Verantwortliche und UN-Stellungnahmen trugen wir mit dazu bei, dass die Position der Minderheiten gestärkt wird, während des laufenden Krieges und hoffentlich im Aufbauprozess des Landes.

## Das haben wir erreicht:

- ✘ Öffentliche Debatte über Rolle von Minderheiten als Bestandteil der ukrainischen Gesellschaft
- ✘ Stärkung der Rolle von Minderheiten



Ukraine-Demonstration in Berlin, Foto: GfbV

# Freiheit für Oleg Orlov

Gegen den stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Menschenrechtsorganisation „Memorial“, Oleg Orlov, wurde 2023 ein Strafverfahren eingeleitet. Ihm wurde vorgeworfen, die russische Armee „diskreditiert“ zu haben. Orlov wurde im Oktober schuldig gesprochen und inhaftiert. Während des Berufungsverfahrens wurde er seiner Rechte beraubt, schikaniert, unangekündigt verlegt und der Kontakt zu seinen Anwälten wurde eingeschränkt.

Wir starteten eine Kampagne für die Freilassung von Orlov, informierten die Öffentlichkeit mit Pressemitteilungen und Mahnwachen vor der russischen Botschaft immer wieder über das Unrechtsverfahren gegen den Menschenrechtler und prangerten die menschenrechtswidrigen Haftbedingungen an.

Im Zuge eines Gefangenen austausches zwischen Russland, den USA und Deutschland ist Orlov am 2. August 2024 aus der Haft freigekommen und nun im Exil in Deutschland.



Menschenrechtsaktion vor der russischen Botschaft,  
Foto: Nora Erdmann/GfbV



Mahnwache in Berlin, Foto: Nora Erdmann/GfbV

# Totalversagen der internationalen Gemeinschaft beim Angriff auf Arzach/Bergkarabach

Seit Frühling 2023 häuften sich die Anzeichen für einen kurz bevorstehenden Angriff Aserbaidschans auf Bergkarabach. Die einzige Zufahrtsstraße zu dieser Enklave, der Latschin-Korridor, wurde von Aserbaidschan blockiert. Die Menschen vor Ort hungerten. Dagegen protestierten wir gemeinsam mit der „Arbeitsgruppe Anerkennung, Gegen Genozid, für Aufarbeitung“ (AGA), mit dem Zentralrat der Armenier (ZAD) und vielen anderen. Wir schrieben Briefe, veröffentlichten Pressemitteilungen, in denen wir den Schutz der armenischen Bevölkerung anmahnten, und veranstalteten Protestaktionen. Über 1.000 Personen unterzeichneten einen Appell an Bundeskanzler Olaf Scholz. Dann griff Aserbaidschan am 19. September tatsächlich militärisch an. Dadurch wurden 120.000 Menschen vertrieben. Doch die Reaktion des Wes-

tens blieb aus. Wieder protestierten wir mit vielen Armenier\*innen gemeinsam vor dem Bundeskanzleramt und unterstützten einen Protest in Brüssel. Wir dokumentierten die Schicksale der Vertriebenen und organisierten Veranstaltungen, um auch in Deutschland mehr Aufmerksamkeit für dieses Verbrechen Aserbaidschans gegen die Karabach-Armenier\*innen zu schaffen.

## Das haben wir erreicht:

- ✘ Dokumentation der Schicksale von Vertriebenen
- ✘ Aufklärung und kritische Berichterstattung über die Verbrechen gegen Karabach-Armenier\*innen
- ✘ Öffentlichkeit durch unsere Proteste



Frieden für Arzach/Bergkarabach, Foto: Nora Erdmann/GfbV

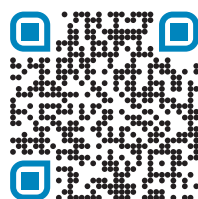
# Wolfs- und Kriegskinder – Symposium in Berlin

Im besetzten Polen und den Ländern der Sowjetunion litten ab 1939 Millionen von Kindern unter Zwangsarbeit oder wurden nach Deutschland verschleppt. Kinder mit Behinderung wurden von den deutschen Besatzern in Euthanasie-Aktionen ermordet. Sogenannte Wolfskinder flüchteten nach Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 ohne Eltern aus dem Gebiet des ehemaligen Ostpreußens in das benachbarte Litauen. Heute wird ihre Zahl auf bis zu 20.000 geschätzt. Ihre Erfahrungen und Erinnerungen sind von Zwangsarbeit, Hunger und Identitätsverlust geprägt.

Gemeinsam mit der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) veranstalteten wir am 23. März in Berlin ein wissenschaftliches Symposium über die Wolfs- und Kriegskinder. Internationale Expert\*innen diskutierten die vielfältige Erfahrung von Kindern in Mittel- und Osteuropa im und nach dem Zweiten Weltkrieg. In der anschließenden Abendveranstaltung fand ein Gespräch mit Zeitzeug\*innen statt. Lokale und überregionale Medien berichteten über die Veranstaltung. Zudem konnten wir die Augenzeugin Ursula Dorn an ein ARD-Filmteam vermitteln. Ihre Geschichte ist Teil der Doku „Kinder der Flucht“.



*Dokumentation des  
Symposiums*



*Podcast „Ein Wolfskind  
und ihre Geschichte“*

## Das haben wir erreicht:

- ✘ Öffentliche Debatte über die Wolfs- und Kriegskinder
- ✘ Fokus auf die Betroffenenperspektive: die Geschichten ehemaliger Wolfskinder sind jetzt einer breiteren Öffentlichkeit bekannt
- ✘ Stärkere Vernetzung der im Feld aktiven Wissenschaftler\*innen



*Zeitzeug\*innen erzählten beim Symposium in Berlin,  
Foto: Rüdiger Knobloch/bpb*

# Kampagne für Bleivergiftungsopfer aus dem Kosovo

Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter\*innen, die in bleiverseuchten Flüchtlingslagern im Kosovo leben mussten, warten weiter auf eine angemessene Entschädigung. Seit zehn Jahren lavieren sich die zuständigen Institutionen aus der Verantwortung. Die Opfer leiden weiter unter den Folgen von Vergiftungen und können sich die notwendige medizinische Behandlung oft nicht leisten. Wir starteten 2023 eine neue Kampagne für die Entschädigung der Betroffenen, die sich an die Außenministerien der EU-Länder richtete, und machten mit Pressemitteilungen auf das Thema aufmerksam. Die Harvard Law School International Human Rights Clinic, Human Rights Watch und der UN-Sonderberichterstatter zur Förderung der Wahrheit, Gerechtigkeit, Rehabilitation und Garantie der Nichtwiederholung unterstützten die Forderungen nach einer Entschädigung der Roma. Wir führten gemeinsam mit einem Vertreter des Roma Center Göttingen ein Gespräch mit dem Auswärtigen Amt: Deutschland hat zugesagt, ein Projekt unterstützen zu wollen, das den Angehörigen und den Opfern des Vergiftungs-Skandals zugutekommen würde. Die „Universelle Periodische Überprüfung“ (UPR) Deutschlands vor dem UN-Menschenrechtsrat zur Lage der Sinti und Roma haben wir unterstützt.



Welt-Roma-Kongress 2023

## Das haben wir erreicht:

- ✘ Aufklärung über Schicksal der Bleivergiftungsopfer
- ✘ Vernetzung mit der Harvard Law School und Human Rights Watch, damit unsere Forderung nach Entschädigung der Roma mehr Gewicht bekommt
- ✘ Zusage des Auswärtigen Amts, Projekte für die Opfer zu unterstützen



GfbV-Referentin Jasna Causevic beim Welt-Roma-Kongress, Foto: GfbV

# Verheerende Lage der Rohingya angeprangert

Zwei Jahre nach dem Militärputsch in Myanmar ist die Lage der Minderheiten im Land und in den Flüchtlingslagern weiterhin dramatisch. Besonders betroffen ist die muslimische Minderheit der Rohingya, die im August 2017 Opfer eines Völkermordes wurden. 2023 kürzte das Welternährungsprogramm die Mittel für Rohingya-Flüchtlinge in Bangladesch. Gemeinsam mit dem European Rohingya Council haben wir mit Pressemitteilungen auf die dramatische Situation der Menschen in den riesigen Flüchtlingslagern aufmerksam gemacht und forderten mehr humanitäre Hilfe für Rohingya-Kinder, die besonders stark betroffen sind. Wir forderten von der Bundesregierung, dass diese sich für die Rückkehr der Rohingya nach Myanmar gemäß humanitärer Prinzipien und ein Waffenembargo gegen die Militärjunta einsetzt. Mit der GfbV-Regionalgruppe Hamburg organisierten wir im Mai eine Diskussionsveranstaltung, bei der Geflüchtete verschiedener Ethnien über ihre Verfolgung, ihre Flucht und ihre Situation in Europa berichteten. Dr. Ambia Perveen, Präsidentin des European Rohingya Council und GfbV-Ehrenmitglied, schilderte die aktuelle Menschenrechtssituation und erläuterte historische und soziale Hintergründe. Auch bei der GfbV-Jahreshauptversammlung in Göttingen nahm eine Delegation der Rohingya um Dr. Perveen teil.

Aufzeichnung der Veranstaltung in Hamburg



Dr. Ambia Perveen (rechts) bei einer Diskussionsveranstaltung in Hamburg, Foto: GfbV

In unserem Memorandum anlässlich des 75. Jahrestags der Verabschiedung der „Konvention zur Verhütung und Bestrafung von Völkermord“ ist auch ein Kapitel über den Völkermord an den Rohingya enthalten. Insgesamt werden zehn Völkermorde genauer beschrieben und Überlebende und Opfer kommen zu Wort.

„75 Jahre UN-Konvention zur Verhütung und Bestrafung von Völkermord“, Memorandum Dezember 2023, 21 Seiten



# Destabilisierung des Westbalkans verhindern

Die Situation in Serbien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo erforderte unsere Aufmerksamkeit. Von hier aus versuchen die Marionetten des russischen Machthabers Putin die gesamte Region zu destabilisieren. Serbiens Präsident Aleksandar Vučić und Milorad Dodik, Präsident der bosnischen Teilrepublik Republika Srpska, unterstützen Putin offen. Im Gegenzug erhalten sie Hilfe aus Russland. In Bosnien und Herzegowina bleibt die Situation besorgniserregend. Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) werden nicht umgesetzt, Genozid und Kriegsverbrechen werden geleugnet, das Land ist ethnisch gespalten. Als im Juni Pläne bekannt wurden, dass auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Heliodrom in Mostar (Bosnien und Herzegowina) ein Museum entstehen soll, das die Täter ehrt, haben wir einen sofortigen Stopp des Baus gefordert. Wir haben Politiker\*innen in Deutschland, diplomatische Vertretungen in Sarajevo und weitere europäische Gremien und Institutionen dazu aufgefordert, entschlossen gegen dieses Vorhaben, das schließlich eingestellt wurde, vorzugehen.

Wir drängten darauf, dass die EU unverzüglich Beitrittsgespräche mit Bosnien und Herzegowina beginnt, um den Handlungsspielraum von Autokraten wie Dodik einzuschränken und eine weitere Destabilisierung der Region zu verhindern. Nur als EU- und NATO-Mitglied könne sich Bosnien und Herzegowina aus der Umklammerung ethnonationalistischer Kräfte und den Einschränkungen des Daytoner Abkommens befreien, machten wir in unseren Presseerklärungen deutlich. Wir setzten uns zudem dafür ein, dass die Urteile des EGMR umgesetzt werden und waren dazu im Austausch mit Mitgliedern des Bundestages.

## Das haben wir erreicht:

---

- ✘ Öffentliche Debatte über Putins Einfluss auf dem Westbalkan
- ✘ Mehrere Treffen mit Mitgliedern des EU-Parlaments, bei denen wir über die separatistische und nationalistische Politik aufgeklärt haben
- ✘ Bau des Museums wurde eingestellt

# Anerkennung der Nachfahren des Völkermords an den Ovaherero und Nama

Wir engagieren uns schon seit Jahrzehnten für die Interessen der Nachfahren der Opfer des Völkermordes an den Ovaherero und Nama in Namibia, der durch das deutsche Kaiserreich begangen wurde. Im April reisten GfbV-Direktor Roman Kühn und GfbV-Referentin Nadja Grossenbacher nach !Nami≠nûs (früher: Lüderitz) und nahmen an der Gedenkveranstaltung an den Genozid teil. In diesem Rahmen enthüllten die Oberhäupter der Ovaherero Traditional Authority (OTA) und der Nama Traditional Leaders Association (NTLA) auf Shark Island einen Gedenkstein für die Opfer, der von uns auf Wunsch der Betroffenen finanziert wurde.



Der neue Gedenkstein auf Shark Island, Foto: GfbV

Trotz der Anerkennung des Völkermords kommt Deutschland seiner Verantwortung gegenüber den Opfern nicht nach. UN-Sonderberichterstatter stellten Ende April fest, dass die sogenannte

„Gemeinsame Erklärung“, die Deutschland und Namibia im Jahr 2021 ausgehandelt hatten, dringend neu verhandelt werden muss. Gemeinsam mit Vertretern der Ovaherero und Nama hatten wir diese Erklärung bereits seit 2021 immer wieder kritisiert. Um den Forderungen der Betroffenen erneut Nachdruck zu verleihen, demonstrieren wir im Mai vor dem Auswärtigen Amt. Auch die deutsche Antwort auf den UN-Bericht kritisieren wir scharf. Für eine Delegation aus Namibia organisierten wir Ende 2023 ein umfassendes Besuchsprogramm, unter anderem einen Austausch mit Mitarbeitenden von KZ-Gedenkstätten zum Thema des Rememberns.



Menschenrechtsaktion vor dem Auswärtigen Amt, Foto: GfbV

Blog-Beitrag „Wie Deutschland internationales Recht verletzt“



Lautstark  
für bedrohte Völker



## Polizei zieht Transparent ein

Berlin (dpa). Bei einer Demonstration am Kanzleramt gegen den türkischen Präsidenten hat die Polizei ein Transparent mit der Aufschrift „Kein roter Teppich für den Islamisten Erdogan“ eingezogen. Die Beamten vermuteten, dass das Transparent den Tatbestand der Beleidigung erfüllen könne. Nach einer Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft sei das Plakat wieder ausgehändigt worden, so der Sprecher der veranstaltenden **Gesellschaft für bedrohte Völker**. Es erfülle keinen strafbaren Tatbestand.



Vertreter der **Gesellschaft für bedrohte Völker** protestierten in Berlin gegen den Besuch Erdogans in Deutschland. Foto: dpa



# Die Gesellschaft für bedrohte Völker

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation mit einem ganz besonderen Auftrag: 1968 gegründet setzen wir uns seit mehr als 50 Jahren weltweit für verfolgte und unterdrückte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten und Indigene Völker ein. Wir kämpfen gegen Völkermord, Vertreibung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, für den Schutz der Zivilbevölkerung im Krieg und gegen Vergewaltigung als Kriegswaffe. Wir streiten für die Landrechte indigener Gemeinschaften und gegen den Raubbau in ihrer Heimat.

Permanent recherchieren wir die Lage bedrohter Minderheiten, halten Kontakt zu den Betroffenen, knüpfen Netzwerke, wenden uns an Politikerinnen und Politiker und erinnern sie im persönlichen Gespräch, in Briefen, Appellen und E-Mails immer wieder daran, dass die deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik weltweit große Verantwortung trägt. Wir publizieren Menschenrechtsberichte, Dokumentationen und Memoranden, erstellen Gutachten, erbitten Hilfe für Notleidende, organisieren Mahnwachen und informieren ständig die Presse über Menschenrechtsverletzungen. Deren Berichterstattung übt Druck auf politisch Verant-

wortliche aus und ist hilfreich bei unserem zähen Ringen mit Parteien, Regierungen oder Wirtschaftskonzernen für die Einhaltung der Menschenrechte.

Über soziale Medien und auf unserer Homepage, mit Ausstellungen, Vorträgen und in unserer Zeitschrift „Für Vielfalt“ informieren wir die Öffentlichkeit über die Verfolgung und Unterdrückung von Minderheiten. Ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten verschaffen wir Gehör vor nationalen, europäischen und internationalen Gremien. Kronzeug\*innen von Völkermord und schwersten Menschenrechtsverletzungen ermöglichen wir es, vor den Vereinten Nationen zu sprechen. So gelingt es uns immer wieder zu verhindern, dass Kriegsverbrechen verschwiegen und Menschenrechtsverletzungen verharmlost werden.

Unsere Mitglieder, Spenderinnen und Spender garantieren unsere Unabhängigkeit: Sie finanzieren mit ihren Beiträgen unsere wichtige Menschenrechtsarbeit und tragen so dazu bei, Leben zu retten, Leid zu lindern, Gerechtigkeit durchzusetzen und die Vielfalt unserer Welt zu bewahren. Dafür danken wir herzlich!

# Die GfbV bei den Vereinten Nationen

Im Jahr 2023 haben wir unsere dreißigjährige Mitgliedschaft beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der Vereinten Nationen gefeiert. Diese ermöglicht es uns, schriftliche und mündliche Stellungnahmen beim Menschenrechtsrat in Genf einzureichen. Auch 2023 haben wir so zahlreichen indigenen Aktivist\*innen und Vertreter\*innen von ethnischen, religiösen und sprachlichen Minderheiten und Nationalitäten durch Akkreditierungen die Möglichkeit gegeben, im Namen der GfbV Stellungnahmen abzugeben und Veranstaltungen zu organisieren.

Die drei Sitzungen des UN-Menschenrechtsrates in Genf haben wir genutzt, um kritische Stellungnahmen zu folgenden Situationen abzugeben:

- zur Lage der Uigur\*innen und Tibeter\*innen in China,
- zur Lage der Rohingya in Myanmar,
- zur Lage der Bahá'í im Iran,
- zu den Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auf die Indigenen Völker Russlands,
- zur sich verschlechternden Menschenrechtssituation durch Spannungen zwischen Ruanda und der Demokratischen Republik Kongo,
- zu den verheerenden Auswirkungen des Bürgerkrieges im Sudan auf ethnische Minderheiten

Zudem haben wir mehrere Side Events zur Menschenrechtssituation in der Volksrepublik China organisiert. Vom chinesischen Staat unterdrückte Uigur\*innen und Tibeter\*innen berichteten über die Verbrechen der Kommunistischen Partei in

Ostturkestan/Xinjiang und Tibet. Eine Vielzahl anwesender Staatenvertreter\*innen konnten sich so aus erster Hand über die schweren Menschenrechtsverletzungen informieren. Die tibetische Nonne Phuntsog Nyidron berichtete bei einem Vortrag über ihre 15-jährige Haftzeit. Zur Menschenrechtssituation in Tibet reichten wir auch eine Stellungnahme beim UN-Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (CESCR) ein.

Bei der Sitzung des Permanenten Forums für Indigene Angelegenheiten (UNPFII) in New York im April las die Mongolin Temulun Togochoog im Namen der GfbV eine Erklärung über die Situation in der Südlichen (offiziell: Inneren) Mongolei vor und prangerte die Zurückdrängung der mongolischen Sprache durch die chinesische Regierung und deren Verfolgung mongolischer Dissident\*innen an.



*Temulun Togochoog und Enghebatu Togochoog, Direktor des Southern Mongolian Human Rights Information Center, Foto: GfbV*

Im Juli kam der Vertreter des indigenen Marubovolkes aus Brasilien, Beto Marubo, nach Genf, um an der 16. Sitzung des Expert\*innenmechanismus für die Rechte Indigener Völker (EMRIP) der Vereinten Nationen teilzunehmen. Außerdem organisierten wir zusammen mit der brasilianischen Organisation „Rede de Cooperação Amazônica“ (RCA) das Side Event „Indigene Initiativen zum Schutz von Territorien im bedrohten brasilianischen Amazonasgebiet“. Beto Marubo hielt einen Vortrag über die Drohungen gegen in freiwilliger Isolation lebende Indigene. Die indigene Vertreterin vom Volk der Baré und der indigenen Organisation „FOIRN“, Elizângela Lima Costa, sprach über „Indigene Frauen des Rio Negro beim Schutz des Territoriums: der Kampf zum Schutz des Lebens“ und die indigene Vertreterin vom Karipuna-Volk Lilia Ramos der indigenen Organisation „AMIM“ berichtete über die Bedrohungen und Initiativen der Frauen von Oiapoque.

Im September reiste GfbV-Referentin Jasna Causevic mit dem Forum Menschenrechte nach Genf und führte Gespräch mit diplomatischen und zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen. Für das im November in Genf stattfindende UN-Forum für Wirtschaft und Menschenrechte akkreditierten wir Vertreter\*innen indigener Gemeinschaften.

### Das haben wir erreicht:

- ✘ Repräsentant\*innen von indigenen Gemeinschaften konnten durch unsere Unterstützung ihre Anliegen direkt vor die Gremien der Vereinten Nationen bringen
- ✘ Diktaturen wie China, Russland oder der Iran wurden mit der Wahrheit über ihre Menschenrechtsverletzungen konfrontiert



Tibet Side-Event in Genf im Juni 2023: GfbV-Referent Hanno Schedler, Kalden Tsomo vom Tibet Office Geneva, die tibetische Nonne Phuntsog Nyidron und Gloria Montgomery vom Tibet Justice Center, Foto: GfbV

# Bildungsarbeit der GfbV

Schüler\*innen und Studierende repräsentieren die kommende Generation. Durch die aktive Einbindung der jungen Bevölkerung können Veränderungen initiiert werden, die dazu beitragen, die Situation von Minderheiten in Deutschland und weltweit zu verbessern. Im Jahr 2023 haben wir zusammen mit dem Ferman-Projekt von der Stiftung niedersächsische Gedenkstätten Workshops an fünf Schulen durchgeführt, wo wir mit Schüler\*innen über politische Themen gesprochen haben. Zeitzeug\*innen des Genozids an den Yezid\*innen haben den Schüler\*innen ihre Erfahrungen geschildert und verdeutlicht, wie aus Hass und struktureller Diskriminierung ein Genozid hervorgehen kann. Auch zum 75. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte waren wir in Schulen und haben über die Wichtigkeit von gemeinsamen Menschenrechten und deren Durchsetzung gesprochen. Dabei haben wir die Klassen aktiv mit eingebunden und ihnen Raum für Diskussionen und Austausch über eigene Erfahrungen gelassen.



*GfbV-Workshop bei den Schüler\*innen-Tagen in Karlsruhe,  
Foto: Elena Dellmuth/GfbV*

Bei einem dreitägigen Blockseminar der Hochschule für Gesellschaftsgestaltung in Koblenz haben wir uns im Sommer mit Studierenden über Menschenrechtsarbeit ausgetauscht und sie für wichtige Fragen der Menschenrechtsarbeit sensibilisiert. Dafür haben wir uns kritisch mit (heute immer relevanter werdenden) Fragen auseinandergesetzt: Wie kann internationale Menschenrechtsarbeit, die von Deutschland ausgeht, gelingen und wirksam sein? In welchen Rollen bewegen wir uns dabei? Welche Kompetenzen sind dafür erforderlich? Es ging um multidirektionales Erinnern (Michael Rothberg), um Rassismus und White Saviorism, um konkrete Zusammenarbeit und die Übernahme von Verantwortung. Die Begeisterung für Menschenrechtsengagement und der Wunsch, selbst etwas beizutragen, waren groß. Die Hochschule für Gesellschaftsgestaltung möchte die Kooperation mit der GfbV fortsetzen.

# Online für Menschenrechte

Mehr als 28.000 Abonnent\*innen zählten unsere Social-Media-Kanäle im Dezember 2023. Es werden jedes Jahr mehr. Auf Instagram, Twitter, YouTube und Facebook machen wir täglich lautstark auf Menschenrechte aufmerksam. Besonders junge Menschen können wir so stetig erreichen und ansprechen.

Die Social-Media-Arbeit ist besonders für die direkte Zusammenarbeit und öffentlich sichtbare Kooperation mit Betroffenen, Aktivist\*innen und Partnerorganisationen von zentraler Bedeutung: Hier können wir uns solidarisieren, unterstützen, Plattform bieten. Unsere Inhalte begleiten und verstärken unsere Kampagnen. Gleichzeitig können wir unsere politische Arbeit multiplizieren, indem wir Publikationen, Filmen, Aktionen und Veranstaltungen Wiederhall verleihen. Unser Protest gegen den türkischen Präsidenten Erdoğan in Berlin, bei dem unser Transparent konfisziert wurde, war mit über 46.000 Ansichten der erfolgreichste Tweet, den wir als GfbV je verfasst haben. Besonders direkt und persönlich können wir über unsere eigenen Kanäle berichten: im Newsletter, auf der Homepage, im Podcast. Alle 14 Tage erschien unser Newsletter im Jahr 2023. In 30 Ausgaben berichteten wir über aktuelle Projekte, Ereignisse und Veranstaltungen. Mit dem Newsletter erreichten wir fast 4.500 Leser\*innen.

Der Podcast „Für Vielfalt“ erschien dieses Jahr mit sieben Folgen. Die Abrufe waren je nach Thema unterschiedlich, die erste Folge (Erdoğan's Verbrechen in Nordsyrien und das Schweigen des Westens) ist nach wie vor die meistgehörte. Besonders von Betroffenen bekommen wir sehr positives Feedback.

Zuletzt verzeichneten wir pro Monat über 15.000 Besucher\*innen auf unserer Website. Wir haben den Website-Relaunch angestoßen und in mehreren Phasen vorbereitet. Es wurden eine Evaluierung der bestehenden Website-Struktur und Befragung aller Mitarbeiter\*innen durchgeführt und im Anschluss zusammengetragen und ausgewertet. Wir sind nun auf der Suche nach einer Agentur, die uns in der Umsetzung unterstützt. Statistiken werden monatlich erhoben (Zielgruppe, Reichweite, Engagement-Rate, beliebteste Themen und Formate).

Unsere Social Links:

-  @bedrohteVoelker
-  @GfbV
-  @GfbV.de
-  @GfbV.de
-  GfbVde
-  Für Vielfalt
-  Für Vielfalt

# Unsere Zeitschrift „Für Vielfalt“

Die hauseigene „Für Vielfalt – Zeitschrift für Menschen- und Minderheitenrechte“ liefert spannende Informationen und Hintergrundartikel zur Menschenrechtssituation weltweit. Entdecken Sie am Beispiel einiger ausgewählter Artikel die Themenbreite der sechs Ausgaben, die 2023 unter folgenden Schwerpunkten erschienen sind:



01 | Kunst



02 | Landschaften und Lebenswelten



03 | Instrumentalisierung von Religionen



04 | Geld

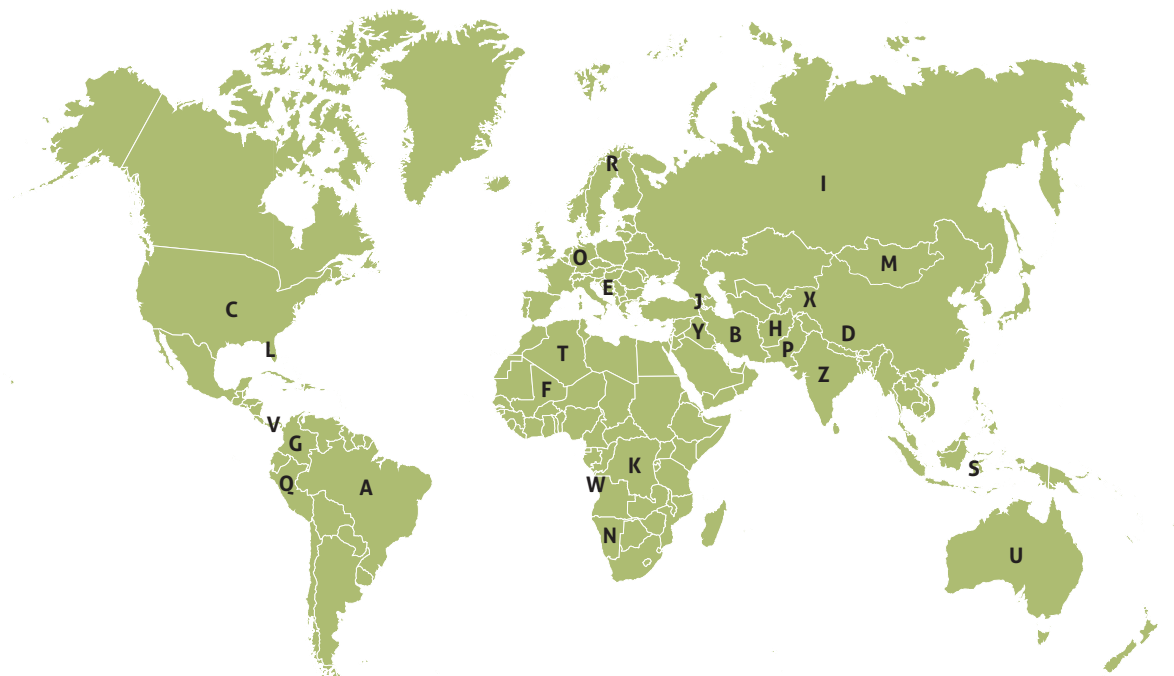


05 | Tod und Trauer



06 | Beziehung Mensch-Tier

# VON A BIS Z: VIELSEITIG INFORMIERT



## Beispiele unserer Artikel aus den sechs Ausgaben 2023:

**A**yahuasca aus dem Amazonas: „Indigene Geisterwelt und Kommerzialisierung“, S. 42

**B**ahá'í in Iran: „Diskriminierung über den Tod hinaus“, S. 18

**C**asinos: „Indigene Glückspielindustrie in den USA“, S. 20

**D**alai Lama: „Chinas Pläne für das religiöse Oberhaupt der Tibeter\*innen“, S. 40

**E**rinnern an Srebrenica: „Rolle der serbisch-orthodoxen Kirche“, S. 32

**F**ulani-Dogon-Konflikt: „Ackerbau trifft auf Viehwirtschaft“, S. 34

**G**raffiti: „Gesellschaftskritik auf kolumbianischen Hauswänden“, S. 42

**H**azara in Afghanistan: „Im Namen der Religion: Krieg der Taliban gegen Frauen und Minderheiten“, S. 22

**I**slam in Russland: „Staatstreu oder Terrorist“, S. 20

**J**erewan: „Literatur über den Genozid an den Armeniern“, S. 40

**K**ongobecken: „Bewaffneter Naturschutz in der Demokratischen Republik Kongo“, S. 18

**L**eonard Peltier: „Ein indigener Künstler und Bürgerrechtler malt im Gefängnis“, S. 16

**M**ongolische Hirten: „Weideland und nomadische Lebensweise in Gefahr“, S. 26

**N**ama und Ovaherero: „Rindergefährten als Herzstück der Identität“, S. 28

**O**stfriesen: „Aufbahrung und Trauerrituale im deutschen Ostfriesland“, S. 36

**P**akistans Blasphemiegesetz: „Religion und Rechtsprechung“, S. 24

**Q**uecksilber: „Schmutziger Goldabbau in Peru und weltweiter Handel“, S. 12

**R**entierherden der Sámi: „Leben in acht Jahreszeiten“, S. 22

**S**eenomaden: „Die Bajau zwischen Indonesien, Malaysia und den Philippinen“, S. 46

**T**ourismus und Tuareg: „Unterwegs in der Sahara“, S. 30

**U**N-Klimaklage der Torres-Strait-Inseln: „Indigene ziehen Australien vor Gericht“, S. 51

**V**ersinkende Inseln: „Klimawandel in Panama“, S. 50

**W**irtschaftssysteme: „Cabinda – angolansische Exklave und koloniale ‚Beute‘“, S. 38

**X**i Jinping: „Uigurische Literatur unter chinesischem Regime“, S. 32

**Y**ezid\*innen aus dem Irak: „Traumabewältigung und Aufarbeitung des Genozids in Bildern“, S. 20

**Z**oroastrismus: „Himmelsbestattung bei den Parsen in Indien“, S. 26



Das GfbV-Team der „Für Vielfalt“ auf der Leipziger Buchmesse 2023: Johanna Fischotter, Leiterin der Redaktion, Salome Müller, studentische Hilfskraft, und die beiden ehemaligen Praktikant\*innen Jasper Killewald und Pauline Bräuer bringen die Zeitschrift unter die Messebesucher\*innen. Foto: Johanna Fischotter/GfbV

”

Hallo Für-Vielfalt-Redaktion,  
 Vielfalt 2023/3 - ein sehr gutes Heft.  
 Ich bin beeindruckt.  
 Ich lese Pogrom/Vielfalt seit  
 über 1/4 Jahrhundert.  
 Aber dieses letzte Heft war  
 beeindruckend gut.  
 Vielen Dank und Grüße H. B.”  
 - Leserstimme 2023 -

“

### Abo abschließen!

Erhalten Sie die „Für Vielfalt“-Fülle direkt in  
 Ihren Briefkasten geliefert.

Jetzt kostenloses Probe-  
 exemplar anfordern und  
 unsere Zeitschrift  
 abonnieren unter:

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)



# FÜR VIELFALT



## Unser neuer Bildkalender 2025

**Jetzt bestellen!**



Mitten im Krieg Weihnachten feiern oder den Bund fürs Leben schließen? Ja! Unser Bildkalender 2025 zeigt anrührende Szenen, Schnappschüsse und Porträts, die auf Festen und Feiern bei zwölf verschiedenen Gemeinschaften entstanden sind. Viele Menschen lassen sich ihre Feste nicht nehmen, auch nicht in größter Bedrängnis. Denn ob fröhlich oder ehrerbietig und fromm – besondere Ereignisse feierlich zu begehen, kann ein Akt des Widerstands sein. Feste helfen, die eigene Würde und Lebensart zu bewahren, an Ritualen festzuhalten, die das Leben strukturieren, Identität stiften und Zugehörigkeit demonstrieren.



Erfreuen Sie sich 2025 an den schönen Bildern unseres Kalenders und erfahren Sie auf den Rückseiten der Monatsblätter mehr über Armenier, Kurden, Yanomami, Maori, Mijaken, Nuba, Woodabe, Hindus in Bangladesch, Mongolen in China und die Menschen in den Vielvölkerstaaten Bulgarien, Mali und Ukraine.



Unser Kalender „Feste feiern“ kostet 21,00 Euro (Versand deutschlandweit gratis). Er misst 44 x 32 Zentimeter. Auf der letzten Seite befindet sich ein übersichtlicher Jahresplaner.

Bestellen Sie ihn unter  
Tel. 0551 499 06-26  
bei Christian Rach oder auf  
[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de) im online-Shop



# Freiwilliges Engagement in der GfbV - Online und vor Ort

Das ehrenamtliche Engagement bildet einen wichtigen Pfeiler unserer Organisation und Menschenrechtsarbeit. Es ermöglicht uns, gemeinsam gegen Völkermord, Vertreibung, Diskriminierung und Verfolgung einzutreten sowie Menschenrechtsverletzungen öffentlich zu machen. Unsere engagierten Freiwilligen haben diese Aktivitäten nicht nur unterstützt, sondern sie durch eigene Initiativen und Impulse bereichert.

Zu den wertvollen Beiträgen zählen die Organisation und Betreuung von Büchertischen, Filmvorführungen, Vorträgen, Ausstellungen und klassischen Menschenrechtsaktionen auf der Straße. Das Bundesbüro stellt dafür Aktions- und Infopakete bereit. Außerdem haben wir 2023 zwei ausleihbare Ausstellungen konzipiert. In der Ausstellung „Hazara: Menschen und Geschichten“ erzählen neun Hazara, die aus Afghanistan nach Deutschland geflohen sind, ihre Geschichten, die per QR-Code abgerufen werden können. Lebensgroße Aufsteller vermitteln einen Eindruck der

Personen. Im Juni wurde diese Ausstellung in Göttingen gezeigt. In der Ausstellung „Support Indigenous Activists!“ portraituren wir sieben indigene Aktivist\*innen, die weltweit für Klimaschutz, indigene Rechte und Selbstbestimmung kämpfen, auf Roll-Up-Illustrationen. Zitate und atmosphärische Klänge machen die Geschichten eindrucksvoll erlebbar. Mit dieser Ausstellung waren wir zum Tag der Indigenen Völker in Hamburg. Die Bunte Reihe mit Infoflyern wurde weiter ausgebaut.

Am 22. April organisierten wir einen Workshop zum Thema Diversität und Sensibilisierung mit Fernseh-Moderator, Autor und Sänger Yared Dibaba und seinem Team von Never-Walk-Along für die Belegschaft und für die Freiwilligen. Die alljährliche Bundesregionalgruppenkonferenz fand am Folgetag in Göttingen statt.

Möchten auch Sie sich bei uns engagieren oder Infomaterial bestellen? Schreiben Sie uns gerne an [machmit@gfbv.de](mailto:machmit@gfbv.de).



Diversity-Workshop mit Yared Dibaba, Foto: GfbV



Straßenausstellung in Hamburg, Foto: Magdalena Otterstedt/GfbV

# Die Sektion Bosnien und Herzegowina

Im Laufe des Jahres haben wir in unseren Forderungen und Schreiben an den Peace Implementation Council, das Büro des Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina, den UN-Sicherheitsrat und das EU-Parlament immer wieder darauf hingewiesen, dass es allerhöchste Zeit ist, die secessionistische Politik von Milorad Dodik, dem Präsidenten der Entität Republika Srpska, zu unterbinden. Wir haben mehrere Appelle an die Regierungen der EU-Länder gerichtet und gefordert, dass Milorad Dodik, sein Sezessionismus, seine hetzerische Rede und ständigen Beleidigungen der überlebenden Opfer des Krieges gegen Bosnien und Herzegowina sowie die Verherrlichung der Kriegsverbrechen und des Genozids sanktioniert werden müssen.

Unsere Arbeit für die Unterstützung der Minderheiten haben wir fortgesetzt. Minderheiten in Bosnien und Herzegowina sind trotz des Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem Jahre 2009 verfassungsrechtlich noch immer nicht anerkannt und können daher für bestimmte Positionen in der Regierung nicht kandidieren und gewählt werden. In unseren Appellen und Presseerklärungen haben wir immer wieder gefordert, dass das Wahlgesetz innerhalb der Verfassung von Bosnien und Herzegowina dringend geändert werden muss.

Mit Roma-Vereinen aus verschiedenen Regionen in Bosnien und Herzegowina haben wir weiter eng zusammengearbeitet. Wir haben die Gegebenheiten vor Ort dokumentiert und uns für ihre Rechte eingesetzt. Bei Projekten haben wir eine unterstützende und vermittelnde Rolle übernommen, Empfehlungen ausgesprochen und die Umsetzung begleitet. Besonders unterstützten wir 2023 Roma-Frauenvereine, darunter Vereine aus Kakanj, Tuzla, Bijeljina, Zavidovici und Gradiska. Roma-Frauen sind häufig doppelt diskriminiert, einerseits aufgrund ihrer Roma-Zugehörigkeit innerhalb der bosnischen Gesellschaft und andererseits aufgrund ihres Geschlechts auch innerhalb ihrer eigenen ethnischen Gruppe. Roma-Frauen erleben sehr häufig häusliche Gewalt, sie werden zum Betteln gezwungen, ihnen wird der Schulbesuch verwehrt und sie werden häufig zwangsverheiratet.

Im Rahmen des von uns gegründeten Frauennetzwerkes „FOKUS BiH“ haben wir in Anbetracht des Anstiegs der Gewalt gegen Frauen Treffen mit den Mitgliedsorganisationen von FOKUS BiH abgehalten. Wir forderten die zuständigen Institutionen in Bosnien und Herzegowina auf, den Femizid als rechtliche Kategorie zu definieren und in das Strafgesetzbuch zu integrieren.

# Die Sektion Schweiz

Ob Windkraftwerke auf indigenem Gebiet, Freihandelsabkommen mit China oder undurchsichtige Lieferketten in der Goldindustrie: Schweizer Politik und Wirtschaft haben Auswirkungen auf indigene Gemeinschaften und Minderheiten weltweit. Darum setzte sich die Schweizer Sektion der GfbV 2023 auch in einer schwierigen geopolitischen Lage dafür ein, dass die Schweiz ihre Verantwortung wahrnimmt und die Stimmen von indigenen Gemeinschaften und Minderheiten gehört werden. Die GfbV-Schweiz ist ein komplett eigenständiger Verein mit eigener Finanzierung.

**Brasilien:** Im Kampf für die Anerkennung ihres Territoriums kam die indigene Gemeinschaft der Tupinambá einen Schritt weiter: Sie reichte bei der Regierung ein Gesuch für die Anerkennung ihres Gebiets als „Terra Indígena“ und den entsprechenden Schutz ein. Wir unterstützen unsere Partner\*innen auf dem langen Weg zur Anerkennung.

**Gold:** Seit über zehn Jahren versuchen wir, im Schweizer Goldhandel mehr Transparenz zu schaffen, und haben hierzu auch ein juristisches Verfahren eingeleitet. Im November entschied das Bundesgericht am Ende des mehrjährigen Gerichtsprozesses, dass die GfbV keine Einsicht in

die Geschäftsbeziehungen der Schweizer Goldraffinerien erhält. Wir fordern von der Politik nun erst recht ein umfassendes Konzernverantwortungsgesetz, wie es in der EU erarbeitet wurde.

**China:** Gemeinsam mit tibetischen und uigurischen Exil-Organisationen forderten wir verschiedentlich, dass die Schweiz ihre Handelsinteressen nicht über Menschenrechte stellt. Mit den Partnerorganisationen führten wir auch Aktivitäten bei den UN in Genf durch.

**Arktis:** In Russland nahm die Repression angesichts des Krieges gegen die Ukraine weiter zu. Wir unterstützten indigene Partner\*innen im Exil beim Aufbau der Exilorganisation ICIPR. Daneben fand eine enge Zusammenarbeit mit Sámi-Gemeinschaften in Norwegen statt: Diese wehrten sich gegen illegal gebaute Windkraftwerke auf der Fosen-Halbinsel, in die Schweizer Unternehmen investiert hatten.

**Klimagerechtigkeit:** Mit dem neuen Programm „Climate Justice! Respect Indigenous Consent!“ setzen wir uns dafür ein, dass die dringend nötige Energiewende nicht auf Kosten von indigenen Gemeinschaften geschieht.

# Die Sektion Südtirol

Im Februar 2023 erschütterten verheerende Erdbeben die Türkei und Syrien. Wir beschlossen, uns an der Hilfsaktion der kurdischen Gemeinschaft zu beteiligen und die Warensammlung zu koordinieren. Hunderte Freiwillige beteiligten sich. Zwei LKW fuhren letztendlich in die Türkei. Zur Finanzierung der Transporte organisierten wir Spendenaktionen. Die zusätzlichen Spenden gingen an Afet-Diyarbakir für die Anschaffung von zwei Rollstühlen für vom Erdbeben betroffene Menschen mit Behinderung.

Aufgrund der akuten Notlage mussten wir eine geplante Konferenz über demokratischen Konföderalismus verschieben. Ende November veranstalteten wir das Kurdistan Film Festival. Es wurden vier Spielfilme und zwei Kurzfilme gezeigt. Am 18. November nahm GfbV-Mitarbeiter Mauro di Vieste an der öffentlichen Versammlung der kurdischen Gemeinschaft in Bozen teil und stellte in Anwesenheit des Autors den Gedichtband „Alter“ des kurdischen Dichters Ahmad Mhamad in italienischer Übersetzung vor.



*Kurdistan Film Festival,  
Foto: Mauro di Vieste*



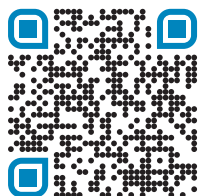
*Spenden für die Opfer der Erdbeben, Foto: Mauro di Vieste*

Für den Dokumentarfilm „Dodging Bullets“ koordinierten wir in Zusammenarbeit mit einem der Autoren die Produktion der italienischen und deutschen Untertitel. Der Film befasst sich mit dem Thema des historischen Traumas der Indigenen Völker in den USA und damit, wie dieses unbewältigte Trauma auch heute noch schreckliche Folgen hat.

Im Mai und im Oktober hielt Mauro di Vieste Fernvorlesungen an der Universität Salerno im Rahmen des Studiengangs Kulturanthropologie über Indigene Völker und Menschenrechtsverteidiger sowie über die Situation der Menschenrechte in der Welt. Im August führten wir für einen lokalen Fernsehsender ein Interview über die Situation der Armenier in Bergkarabach.

Im Laufe des Jahres wurde die neue Ausgabe von unsere Zeitschrift PLURAL produziert mit dem Titel: „Kunst, Kultur, Kreativität. Minderheiten zwischen Bild, Wort und Ton“. Diese Sonderausgabe in italienischer Sprache befasste sich mit verschiedenen Konflikten in unterschiedlichen Regionen der Welt, jedoch unter dem Blickwinkel der Kunst, Musik und Malerei.

*Kurdistan Film Festival*





# Geschäftsführung und Finanzen



### Loan comparison calculator

Bank	Rate	Term	Amount	Monthly Payment	Total Repayment
Bank A	5.0%	36	10000	300.00	10800.00
Bank B	6.0%	36	10000	310.00	11160.00
Bank C	7.0%	36	10000	320.00	11520.00
Bank D	8.0%	36	10000	330.00	11880.00
Bank E	9.0%	36	10000	340.00	12240.00

The best interest rate is probably the most important factor when choosing a loan. However, other factors such as the loan term and the lender's reputation are also important.



# Geschäftsführung und Finanzen

„Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation und setzt sich für verfolgte und bedrohte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten und indigene Gemeinschaften ein. Die GfbV ist unabhängig und wird überwiegend von privaten Spenden und Mitgliederbeiträgen finanziert. Wir sind dankbar dafür und für die 2023 uns zugedachten Erbschaften und Vermächtnisse. All dies gewährleistete unsere parteipolitische und ideologische Unabhängigkeit.

Als Menschenrechtsorganisation vertreten wir die Interessen von bedrohten Minderheiten auf allen Kontinenten bei Politikern, Verbänden und Medien. Diesen Einsatz haben die Vereinten Nationen anerkannt und der Organisation einen Beraterstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat verliehen. Damit hat sie vor UN-Gremien Rederecht und kann die Stimme für verschiedene Minderheiten erheben. Beim Europarat besteht ein mitwirkender Status. Mit Presseerklärungen und Interviews in den Medien, mit der hauseigenen Zeitschrift „Für Vielfalt“, im Internet und in sozialen Netzwerken, mit Ausstellungen, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen informieren wir die Öffentlichkeit über die Verfolgung und Vernichtung von Minderheiten. Wesentlicher Teil der Arbeit des Vereins wird von Regionalgruppen in verschiedenen Städten und Regionen der Bundesrepublik getan. Diese Gruppen sind das Sprachrohr zu einer breiteren Öffentlichkeit.

Menschenrechtsarbeit ist daher vor allem sehr personalintensiv. Im Kalenderjahr 2023 beschäf-

tigte die GfbV im Jahresdurchschnitt 24 Mitarbeiter\*innen in Voll- oder Teilzeit. Wir reisen mit dem Zug zu Gesprächen mit politischen Ausschüssen und Parlamentarier\*innen, mit Kirchenvertreter\*innen, zu Kongressen oder Podiumsdiskussionen. Oft begleiten wir auch Sprecher\*innen bedrohter Völker zu wichtigen Terminen. Für Menschenrechtsaktionen oder Infostände etwa auf dem Kirchentag oder auf Messen sind meist mehrere von uns unterwegs.

Uns entstehen Druck- und Vertriebskosten für unsere Kampagnenblätter, die wir mehrmals im Jahr verbreiten, aber auch für Reporte und Memoranden, Postkartenaktionen und Rundbriefe. Unter Werbe-, Öffentlichkeits- und Pressearbeit fallen nicht nur die Herstellung von Veranstaltungsplakaten, Handzetteln oder Transparenten. Darin sind auch die Aufwendungen für unsere Menschenrechtsaktionen gefasst, ohne die sich Medien und Öffentlichkeit wohl längst nicht so oft für unsere Themen interessiert hätten. Auch die Pflege unserer Presseverteiler und die Verbreitung unserer Pressemitteilungen, von denen jede Woche mehrere erscheinen, verursachen Kosten.

## **Aufwandsentschädigungen Ehrenamtliche - Vergütung Hauptamtliche**

Vorstand, Rechnungsprüfer, Schiedskommission, Finanzbeirat und Beirat sind ehrenamtlich tätig. Es werden lediglich nachgewiesene Kosten wie Reisekosten ersetzt. Darüber hinaus kann Vorstandsmitgliedern eine Vergütung im Rahmen der Freibeträge nach § 3 Nr. 26 a EStG gezahlt werden.

Im Jahr 2023 wurden an fünf Vorstandsmitgliedern der Aufwandsentschädigungen i.H.v. insgesamt 4.200,00 EUR gezahlt.

Unsere geltende Betriebsvereinbarung (BV) sieht fünf Entgeltstufen, Angestellte in Verwaltung und Vertrieb, im Aktionsreferat, in der Buchhaltung, Referent\*innen sowie Angestellte mit besonderer Verantwortung und Teamleitern vor. Innerhalb der Gehaltsstufen gibt es jeweils sechs Aufstiegsstufen, die sich an der Dauer der Betriebszugehörigkeit orientieren. Sie werden nach dem ersten, dritten, fünften, zehnten und fünfzehnten Jahr der Anstellung bei der GfbV erreicht. Auf einer Vollzeitstelle mit 40 Wochenarbeitsstunden sollte ein\*e Angestellte\*r in der geringsten Stufe 2.167,20 Euro und ein\*e Referent\*in oder Buchhalter\*in mit besonderer Qualifikation und Verantwortung mit mindestens 15-jähriger Zugehörigkeit auf der höchsten Stufe in 4 bis zu 3.821,52 Euro verdienen. Die Teamleiter können in der höchsten Stufe bis 4.251,52 Euro bekommen. Es gibt drei Werkstudent\*innen mit 20 Stunden und einem Gehalt von 1.118,00 Euro brutto. Alle Mitarbeiter bekommen einen Zuschuss zur betrieblichen Altersvorsorge. Die Betriebsvereinbarung gilt nicht für leitende Angestellte i. S. des § 5 BetrVG.

*Tabelle auf Grundlage von Vollzeitstellen (40 Stunden wöchentlich) und Betriebszugehörigkeit zurzeit:*

<b>Gruppe</b>	<b>Position</b>	<b>Durchschnittsgehalt</b>
1	Angestellte/Hilfskräfte	2.718,82 €
2	Verwaltung	3.153,09 €
3	Referent*innen	3.553,67 €
4	Teamleiter/Direktor	4.519,44 €

Die Jahresgesamtbezüge für alle Mitarbeiter der GfbV in 2023 belaufen sich auf 734.027,26 Euro.

Von einer Nennung der Jahresvergütung des Direktors haben wir Abstand genommen. Er hat einer namentlichen Nennung widersprochen.

## Wichtige Gremien der GfbV e.V.

### Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung wählt alle zwei Jahre die fünf Mitglieder unseres Vorstands, eine dreiköpfige Schiedskommission und jedes Jahr zwei ehrenamtliche Rechnungsprüfer\*innen, die alljährlich im Auftrag des Vereins die Verwendung der Spendengelder sowie die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle prüfen. Jedes Mitglied, das der GfbV mindestens drei Monate vor unserer Mitgliederversammlung beigetreten ist und seinen Beitrag vollständig entrichtet hat, hat eine Stimme.

Im Oktober 2023 hat die Mitgliederversammlung in Präsenz stattgefunden. Der Bericht der Bundesregionalgruppen-Teams, der Schiedskommission und der Rechnungs- und Abschlussprüfungsbericht für das Geschäftsjahr 2022 wurde auf der Versammlung am 14. Oktober 2023 vorgetragen und die Entlastung des Vorstands beschlossen.

### Vorstand

Unser ehrenamtlicher Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig und unser finanz- und personalverantwortliches Gremium. Er orientiert sich an den in der Satzung definierten Aufgabenbereichen (§ 7). Er führt die laufenden Geschäfte, insbesondere die Ausgestaltung unserer politischen Arbeit, delegiert diese Aufgaben jedoch an die dafür angestellten hauptamtlichen Kräfte. Der Vorstand bereitet die Mitgliederversammlung vor und ist dafür verantwortlich, dass die dort getroffenen Beschlüsse ausgeführt werden. Der Vorstand ist das finanz- und personalverantwortliche Gremium. Weitere Aufgaben des Vorstandes ergeben sich aus der Satzung.

### Beirat

Der GfbV-Beirat besteht aus mindestens fünf Mitgliedern, berät und unterstützt die Mitgliederversammlung und unseren Vorstand. Dieser beruft

Personen in den Beirat, die durch ihr öffentliches Wirken in besonderem Maße unsere Ziele unterstützen. Der Vorstand hat bei der Erarbeitung des Jahresprogramms sowie für wichtige politische Entscheidungen die besonderen Fachkenntnisse und Kontakte der Beiratsmitglieder zu nutzen.

## Experten

Mindestens 40 Expert\*innen arbeiteten 2023 weltweit ehrenamtlich mit der GfbV zusammen. Die Expert\*innen beraten die GfbV-Referent\*innen, knüpfen Kontakte zu Betroffenen und stellen ihr spezifisches, tiefgehendes Wissen über einzelne Länder und Regionen sowie ethnische und religiöse Minderheiten kostenlos zu Verfügung.

## Regionalgruppen

Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen könnte die Arbeit der GfbV nicht funktionieren. Unsere neun Regionalgruppen (RG) sind für uns durch nichts zu ersetzen und ein wichtiger Teil unserer Menschenrechtsorganisation. Sie werden vom Vorstand und Bundesbüro gefördert, organisieren Informationsveranstaltungen und Mahnwachen, werben für Unterstützung von Projekten und Kampagnen. Ihre Stellung und Tätigkeit sind in unserem für alle verbindlichen Regionalgruppenstatut geregelt. Alljährlich sind alle Regionalgruppen-Mitglieder zu einem Regionalgruppentreffen eingeladen.

## GfbV Sektionen

Die **GfbV Schweiz** ist ein komplett eigenständiger Verein mit eigener Finanzierung und eigenen Projekten.

Die **Sektion Südtirol** war online sehr aktiv mit Pressemitteilungen zu verschiedenen Krisen, aber auch mit einigen „realen“ Aktivitäten.

Im Jahr 2023 war der Schwerpunkt der Arbeit der **Sektion Bosnien-Herzegowina** vor allem in For-

derungen an internationale und zuständige Institutionen wie das Peace Implementation Council, das OHR, der UN-Sicherheitsrat und das EU-Parlament für eine Unterbindung der secessionistischen Politik der Führung der Republika Srpska und Erhebung von Sanktionen gegen verantwortliche Politiker, die die Sicherheit in Bosnien und Herzegowina und die Funktionsfähigkeit des Staates gefährden. Weiterhin wurde sich mit der Situation von Minderheiten, darunter vor allem der Roma, beschäftigt und auf ihre schwierige Lebenssituation aufmerksam gemacht. Ebenfalls wurde im Rahmen ihres Frauen-Netzwerkes „Fokus“ auf das immer häufiger auftretende Vorkommen von Femizid in Bosnien und Herzegowina hingewiesen sowie auf die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt.

In **GfbV-International** zusammengeführte verschiedene Sektionen arbeiten u.a. bei der Arbeit mit den Vereinten Nationen zusammen.

## Mitgliedschaften

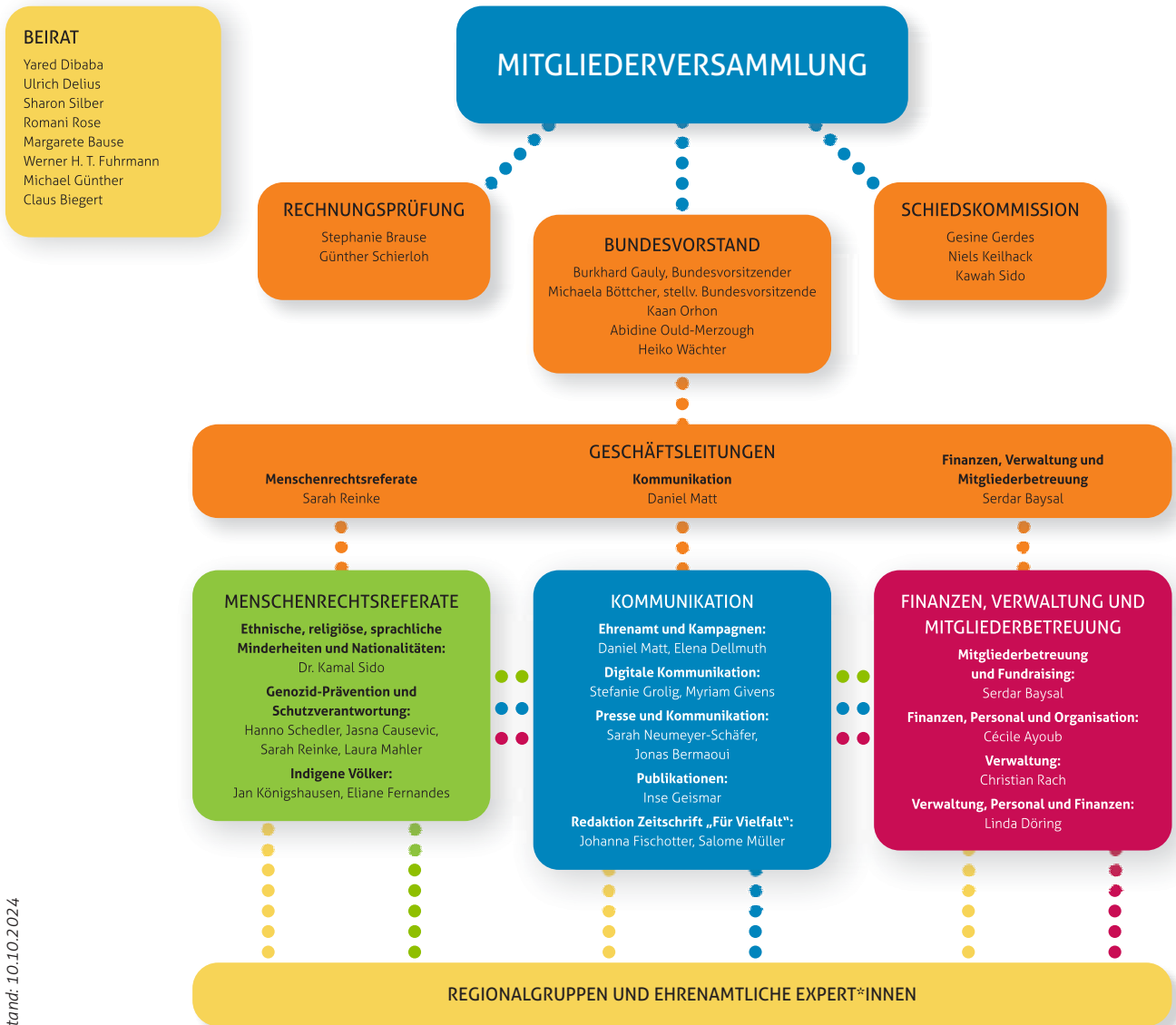
Die Gesellschaft für bedrohte Völker arbeitet von Fall zu Fall mit anderen Menschenrechtsorganisationen und Umweltgruppen zusammen. Wir geben gemeinsam mit ihnen Pressemitteilungen heraus oder kooperieren erfolgreich bei Veranstaltungen. Mitglied sind wir bei: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V. (Kassel), Burma Global/European Burma Human Rights Network (London), Forum Menschenrechte (Berlin), International Coalition for the Responsibility to Protect (ICRtoP, New York), International Tibet Network (London), Klima-Allianz Deutschland (Berlin), Koordination ILO 169 (Deutschland), KoBra (Kooperation Brasilien), der Initiative Lieferkettengesetz Deutschland der Initiative Transparente Zivilgesellschaft Nobody's Listening (London), Bündnis für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas (Berlin) und Geneva Support Group (GSG) in Genf.

Stand 31.07.2024

# ORGANISATIONSTRUKTUR



Gesellschaft für bedrohte Völker



Stand: 10.10.2024

Der Sitz der Bundesgeschäftsstelle der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland ist Göttingen.



## Finanzen

### Transparenz und Kontrolle

Die Übersicht über unsere Finanzen für das Geschäftsjahr 2023 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Vorgaben der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) und Besonderheiten der Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen (IDW RS HFA 21) erstellt. Die GfbV unterzieht sich jährlich der freiwilligen Bewertung unter Berücksichtigung der Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI). Die Rechnungslegung erfolgte auf der Basis einer ordnungsgemäßen Buchführung und kaufmännischer Prinzipien.

### Wirtschaftsprüfung

Der Jahresabschluss für die GfbV wird regelmäßig durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Die Prüfung für das Geschäftsjahr 2023 erfolgte im August 2024 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Beckmann und Partner mbB (Göttingen), mit Datum vom 15. August 2024 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

### Rechnungsprüfer

Einmal jährlich prüfen unsere beiden Rechnungsprüfer\*innen in unserer Bundesgeschäftsstelle in Göttingen ehrenamtlich unsere Kasse. Für das Geschäftsjahr 2023 fand die Prüfung am 02. September 2024 statt.

### DZI

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) prüft jährlich, ob die GfbV das Spenden-siegel erneut zuerkannt bekommt. Mit dem Siegel wird eine wirtschaftliche und satzungsgemäße Verwendung der Spenden bescheinigt. Es ist Zeichen sorgfältig geprüfter Seriosität und Spenden-

würdigkeit und wird der GfbV e.V. seit 2007 regelmäßig zuerkannt.

### Controlling

Für jedes Geschäftsjahr wird ein Haushaltsplan erstellt, der vom Vorstand genehmigt wird. Die Einhaltung dieses Plans wird durch ständigen Soll/Ist-Vergleich nachgehalten. Statistiken werden tagesaktuell gepflegt. Der Vorstand erhält regelmäßige Finanzberichte.

### Einnahmen

Wer der GfbV spendet, unterstützt unsere Arbeit für ethnisch und religiös verfolgte Minderheiten. Dazu gibt es vielfältige Möglichkeiten: Treue Dauerspender\*innen, Mitglieder sowie Förder\*innen unterstützen uns regelmäßig. Einige Menschen berücksichtigen die GfbV in ihrem Testament, um sich über den Tod hinaus für eine friedliche Zukunft zu engagieren. An Bußgeldern wurden uns 2023 leider keine zugewiesen. Wir haben uns allen Richter\*innen und Staatsanwält\*innen in Niedersachsen mit der Zusendung eines Infoblattes in Erinnerung gebracht.

Im Geschäftsjahr 2023 lagen die Gesamteinnahmen bei 1.832.912,29 Euro (2022 1.593.273,13 Euro) und somit 239.829,16 Euro über denen des Vorjahres. Die Spenden machten 37,55 Prozent unserer Einnahmen aus und waren neben den Mitgliedsbeiträgen die wichtigste finanzielle Säule.

Die Anzahl unserer Mitglieder und Förderer verzeichnete einen geringen Rückgang. Im Jahr 2023 waren es 1,83 % weniger Mitglieder, bei den Förderern 1,07 % als 2022. Was bei den Mitgliedern und Abonnent\*innen durch Auswirkungen des demografischen Wandel zu begründen ist. Ebenso gibt es einen kleinen Rückgang bei den Abonnent\*innen.

Am 31. Dezember 2023 hatte die GfbV-Deutschland 4.392 Mitglieder und 647 Förder\*innen.

Unsere Zeitschrift „Für Vielfalt“ wurde von 2.349 Leserinnen und Lesern abonniert.

## Ausgaben

Insgesamt haben sich die Personalausgaben und auch die allgemeinen Ausgaben erhöht, was durch mehr Reisekosten, Veranstaltungen, auch höhere Ausgaben bei den Werbe- und Öffentlich-

keitsarbeitskosten und Projektkosten etc. entstanden ist. Zudem haben sich aber auch die Einnahmen um 15,05 % erhöht.

Der Jahresüberschuss von 20.937,26 EUR wird, wie in den Vorjahren, auf neue Rechnung vorge tragen und steht dem Verein zur Erfüllung der satzungsgemäßen Zwecke zur Verfügung.

Einnahmen 2023 und 2022				
	2023		2022	
	€	%	€	%
Erbschaften	40.887,15 €	2,23%	34.650,00 €	2,18%
Bußgelder	0,00 €	0,00%	0,00 €	0,00%
Mitgliedsbeiträge	491.313,57 €	26,81%	481.544,98 €	30,23%
Förderbeiträge	67.033,99 €	3,66%	64.453,96 €	4,05%
Zuwendungen anderer Organisationen	72.079,87 €	3,93%	0,00 €	0,00%
Ertrag aus Spendenverbrauch	1.032.529,63 €	56,33%	885.358,99 €	55,58%
<i>Vereinnahmte Spenden</i>	688.334,95 €	37,55%	608.268,83 €	38,18%
Erlöse	129.068,08 €	7,04%	127.075,20 €	7,98%
<b>Gesamt</b>	<b>1.832.912,29 €</b>	<b>100,00%</b>	<b>1.593.083,13 €</b>	<b>100,00%</b>



## Gewinn- und Verlustrechnung 2023 und 2022

Erträge	2023	2022
Geldspenden	1.099.563,62 €	949.812,95 €
<i>Spendenerträge</i>	1.032.529,63 €	885.358,99 €
<i>Förderbeiträge</i>	67.033,99 €	64.453,96 €
Nachlässe	40.887,15 €	34.650,00 €
Mitgliedsbeiträge	491.313,57 €	481.544,98 €
<b>Sammlungseinnahmen</b>	<b>1.631.764,34 €</b>	<b>1.466.007,93 €</b>
Zuwendungen anderer Organisationen	51.749,19 €	0,00 €
Umsatzerlöse aus steuerpfl. Geschäftsbetrieb	610,19 €	347,69 €
Umsatzerlöse aus Zweckbetrieb	126.887,82 €	123.350,98 €
<i>Zeitschrift Für Vielfalt (ehemals bedrohte Völker)</i>	63.351,15 €	58.287,02 €
<i>Bildkalender Lebenszeichen</i>	63.536,67 €	65.063,96 €
Zins- und Vermögenseinnahmen	26.999,54 €	294,03 €
Sonstige Einnahmen	21.750,75 €	3.082,50 €
<b>Summe</b>	<b>1.859.761,83 €</b>	<b>1.593.083,13 €</b>
Aufwendungen	2023	2022
<b>Programmausgaben</b>		
Personalausgaben	748.388,51 €	706.266,38 €
Sach- und sonstige Ausgaben	603.842,60 €	446.563,04 €
<b>Ausgaben für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit</b>		
Personalausgaben	75.131,58 €	70.902,89 €
Sach- und sonstige Ausgaben	96.846,61 €	72.539,57 €
<b>Verwaltungsausgaben</b>		
Personalausgaben	152.214,61 €	143.647,40 €
Sach- und sonstige Ausgaben	151.610,15 €	130.014,89 €
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>1.828.034,06 €</b>	<b>1.569.934,17 €</b>
Ausgaben für Vermögensverwaltung	10.724,20 €	38,97 €
Ausgaben des steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	66,31 €	1.705,22 €
<b>Summe</b>	<b>1.838.824,57 €</b>	<b>1.571.678,36 €</b>
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>20.937,26 €</b>	<b>21.404,77 €</b>

## Bilanz

Die Bilanzsumme in Höhe von 2.235.825,46 Euro ist um 313.561,48 Euro niedriger als im Vorjahr. Im Geschäftsjahr 2023 wurden Anschaffungen in Höhe von 57.421,15 Euro getätigt. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres belaufen sich auf 18.420,15 Euro. Die Rückstellungen liegen mit 97.400,00 Euro um 6.700,00 Euro über denen des Vorjahres.

Von den sonstigen Rückstellungen entfallen 60.700,00 Euro auf Verpflichtungen aus dem Personalbereich.

Die Verbindlichkeiten in 2023 lagen bei 70.180,24 Euro, in 2022 waren es noch 67.184,30 Euro. Die Betriebsmittelrücklage über 565.000,00 Euro deckt die laufenden wiederkehrenden Kosten für das erste Halbjahr ab.

## Allgemeine finanzielle Lage

Die finanzielle Lage der Gesellschaft für bedrohte Völker ist weiterhin stabil. Das Geschäftsjahr 2023 wurde mit einem Jahresüberschuss von 20.937,26 Euro abgeschlossen. Darüber hinaus bestehen zum Bilanzstichtag noch nicht verbrauchte Spendenmittel in Höhe von 2.068.245,22 Euro. Die Gesamtsumme der für die Menschenrechtsarbeit aufgewendeten Mittel beträgt 1.838.824,57 Euro. Der Bestand an flüssigen Mitteln in Höhe von 2.091.299,99 Euro, wovon 1.489.300,00 Euro in Wertpapieren angelegt sind, ist ausreichend, um alle kurzfristig anstehenden Zahlungsverpflichtungen zu begleichen.

Unter Berücksichtigung gleichbleibender Spendeneingänge und eines stabilen Mitgliederbestands, ist die finanzielle Lage der GfV e.V. zukünftig gesichert.

### Bilanz zum 31. Dezember 2023 (und Vorjahr)

Aktiva	2023		2022	
	€	%	€	%
<b>Anlagevermögen</b>	<b>83.980,00 €</b>	<b>3,76%</b>	<b>44.979,00 €</b>	<b>1,76%</b>
Immaterielle Vermögensgegenstände	19.693,00 €	0,88%	22.223,00 €	0,87%
Sachanlagen	64.287,00 €	2,88%	22.756,00 €	0,89%
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>2.145.113,55 €</b>	<b>95,94%</b>	<b>2.487.012,97 €</b>	<b>97,55%</b>
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.302,19 €	0,33%	12.830,02 €	0,50%
Sonstige Vermögensgegenstände	46.511,37 €	2,08%	15.825,81 €	0,62%
Wertpapiere	1.489.300,00 €	66,61%		
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	601.999,99 €	26,93%	2.458.357,14 €	96,43%
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>6.731,91 €</b>	<b>0,30%</b>	<b>17.394,97 €</b>	<b>0,68%</b>
<b>Summe Aktiva</b>	<b>2.235.825,46 €</b>	<b>100,00%</b>	<b>2.549.386,94 €</b>	<b>100,00%</b>
<b>Passiva</b>				
<b>Noch nicht verbrauchte Spendenmittel</b>	<b>2.068.245,22 €</b>	<b>92,50%</b>	<b>2.391.502,64 €</b>	<b>93,81%</b>
Noch nicht satzungsgemäß verwendete Spenden				
davon freie Rücklagen € 50.000,00 (Vorjahr € 50.000,00)	1.984.265,22 €	88,75%	2.346.523,64 €	92,04%
davon Betriebsmittelrücklage € 565.000,00 (Vorjahr € 570.000,00)				
Längerfristig gebundene Spenden	83.980,00 €	3,76%	44.979,00 €	1,76%
<b>Sonstige Rückstellungen</b>	<b>97.400,00 €</b>	<b>4,36%</b>	<b>90.700,00 €</b>	<b>3,56%</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>70.180,24 €</b>	<b>3,14%</b>	<b>67.184,30 €</b>	<b>2,64%</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		0,00%	0,00 €	0,00%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	61.544,72 €	2,75%	61.674,61 €	2,42%
Sonstige Verbindlichkeiten	8.635,52 €	0,39%	5.509,69 €	0,22%
<b>Summe Passiva</b>	<b>2.235.825,46 €</b>	<b>100,00%</b>	<b>2.549.386,94 €</b>	<b>100,00%</b>

# Der Förderverein für bedrohte Völker e.V.

Der Förderverein für bedrohte Völker e.V. unterstützt humanitäre Projekte zur Verbesserung der Lebenssituation bedrohter ethnischer und religiöser Minderheiten und Nationalitäten. Seit dem Jahr 2006 verfolgt er ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und wird rein ehrenamtlich geführt. Spenden werden zu 100 Prozent an die Projekte weitergegeben. Dank den Spenden unterstützen wir auch im Jahr 2023 Projekte in vielen Regionen, in denen Minderheiten und Indigene Völker bedroht sind.

Nach dem verheerenden Erdbeben in Nordsyrien konnten wir die Menschen vor Ort durch unser Netzwerk direkt unterstützen. In engem Kontakt mit Menschen aus der Region haben wir unsere Unterstützung koordiniert, damit die Spenden dort ankommen, wo sie am dringendsten benötigt werden – insbesondere in den seit 2018 von der Türkei besetzten Gebieten. Die Spenden wurden direkt an vertrauenswürdige Kontaktpersonen und lokale Organisationen in Afrin weitergeleitet. Zudem haben wir Strukturen zur Koordination weiterer Spenden aufgebaut und ein Jugendkomitee gegründet. Dieses wird von dem in Göttingen lebenden GfbV-Mitglied Jndi Maho geleitet, der seit Jahren auch Sprecher der Afrin-Aktionsgruppe der GfbV ist.

Außerdem konnten wir die Indigenen Völker Yanomami und Asháninka unterstützen. Die GfbV-Referentin für Indigene Völker, Dr. Eliane Fernandes, sorgte 2023 dafür, dass die Spenden in Süd-

amerika direkt bei den Betroffenen ankamen. Sie hält engen Kontakt mit unseren indigenen Partner\*innen vor Ort und berichtet über die Situation.

In Nordamerika unterstützten wir auch 2023 das „Horsemanship-Projekt“ der Lakota in South Dakota. Es hat zum Ziel Kinder und Jugendliche der Lakota in der traditionellen Reitkunst zu unterrichten und so die Traditionen und die Identität des Indigenen Volks zu bewahren. Das „Pine Ridge Reservat“ ist das zweitgrößte und zugleich eines der ärmsten Reservate in den USA, dort leben etwa 46.000 Oglala Lakota (Sioux) Indigene.

Mit Kleinspenden unterstützen wir auch die von islamistischen Extremisten bedrohte yezidischen Minderheit im nordirakischen Sindschar-Gebirge, sowie die christlichen Gemeinden im Irak und in Syrien.

Eine Liste und eine ausführliche Beschreibung von Projekten des Fördervereins für bedrohte Völker e.V. finden Sie hier:

[www.gfbv.de/de/humanitaere-initiativen/unsere-projekte/](http://www.gfbv.de/de/humanitaere-initiativen/unsere-projekte/)



Dem Förderverein gehört auch das Victor-Gollancz-Haus für Menschenrechte in Göttingen (Geiststraße7), das an die GfbV vermietet wird und Sitz unseres Bundesbüros ist.

# Auf einen Blick

## Vorstand und wichtige ehrenamtliche Gremien

### Vorstand 2023

Burkhard Gauly (Karlsruhe), Bundesvorsitzender  
Eytan Celik (Waiblingen), stellvertretende Bundesvorsitzende bis Oktober 2023

Michaela Böttcher (Göttingen), stellvertretende Bundesvorsitzende ab Oktober 2023

Kaan Orhon (Göttingen)

Abidine Ould-Merzough (Aachen)

Heiko Wächter (Hitzacker)

### Kassenprüfung 2023

Günther Schierloh (Göttingen)

Stephanie Brause (Berlin)

### Schiedskommission 2023

Niels Keilhack (Göttingen)

Gesine Gerdes (Berlin)

Kawah Sido (Bad Salzschlirf)

### Regionalgruppensprecherinnen 2023

Gesine Gerdes (Berlin) bis Frühjahr 2023

Svenja Peters (Weeze) ab Frühjahr 2023

Anna Hobbiebrunken (Hamburg) ab Frühjahr 2023

## Kontakt

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Geiststraße 7

37073 Göttingen

Postanschrift:

Postfach 2024

37010 Göttingen

Tel. 0551 499 06-0

Fax 0551 58028

E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de)

Web: [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

Unsere Social Links:



## Zweigstelle in Berlin

Gesellschaft für bedrohte Völker

Reinhardtstraße 27b

10117 Berlin

Tel. 030 42804891, Fax 030 42804916

E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de)

# Impressum



Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)  
Postfach 2024, D-37010 Göttingen  
Tel.: +49 551 49906-0, Fax: +49 551 58028  
E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de), [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

Spendenkonto bei der Sozialbank:  
(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070  
(BIC) BFSWDE33XXX

Die GfbV ist eine Menschenrechtorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den Vereinten Nationen und mit mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros und Repräsentant\*innen in Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Großbritannien, Südtirol/Italien, Kurdistan/Irak, der Schweiz und den USA.

Redaktion: Sarah Neumeyer

Layout: Tanja Wiczorek

Titelbild: Hazara-Ausstellung in Göttingen, Foto: GfbV

Herausgegeben von der  
Gesellschaft für bedrohte Völker  
im Oktober 2024

*Für Menschenrechte. Weltweit.*



Gesellschaft für  
bedrohte Völker

*Für Menschenrechte. Weltweit.*



Gesellschaft für  
bedrohte Völker

Postfach 2024, D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 49906-0

Fax: +49 551 58028

E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

Spendenkonto bei der Sozialbank:

(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070

(BIC) BFSWDE33XXX